Nr. 362. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9.— Mk., monatl. 3.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 Mk., für das übrige Ausland 10.25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1.20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 18. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Otto Braun über die Erntestreiks.

Die Rede des Landwirtschaftsministers Genossen Otto Braun in der gestrigen Sitzung der preußischen Landesversammlung, in der er Antwort gab auf die Interpellation der verschiedenen Parteien um Erntestreik war eine politische und soziale Tat. Sie war die Tat, auf die wir seit Ausbruch der Revolution gewartet haben.

Die Landjunker haben ihre anmaßlichen Frechheiten, die sie zunächst nach dem Zusammenbruch der alten Staatsgewalt scheu unter den Scheffel gestellt hatten, allmählich wieder ans Tageslicht gezerrt und sie beweisen in dieser Zeit, daß sie aus ihrer Vergangenheit nichts vergessen und von den neuen Geschehnissen nichts gelernt haben. Sie behandeln das Landproletariat noch ganz wie in den unseligen Zeiten der elenden mittelalterlichen Gesindeordnungen. Der Landarbeiter ist ihnen kein freier Mensch, sondern das Arbeitstier, daß, wenn es nicht willig ist, mit der Peitsche zum Gehorsam gezwungen werden muß. Genosse Braun hat sehr richtig gesagt, daß es die Agrarier sind, die den Spartakisten das Wasser auf die Mühlen treiben und die nichts unversucht lassen, um die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse in das neupreußische Mittelalter zurückzudrehen.

In der Stunde größter Gefahr für unser Vaterland, jetzt wo jeder Einzelne im Volke mit einem Seufzer der Erleichterung auf die bevorstehende Ernte blickt, gehen jene Gesellen daran, durch brutale Rücksichtslosigkeit gegenüber ihren Arbeitern die Ernteeinbringung zu sabotieren. Darum war die Rede des Genossen Braun eine soziale Tat, daß er mit aller Entschiedenheit betonte, daß denen, die das Volk in seiner Existenz gefährden — gleichviel in welcher Lage sie sich befinden — der Daumen scharf aufgedrückt werden wird.

Wir haben uns im „Vorwärts" stets — geleitet von dem hohen Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Gesamtwohlstand — mit aller Kraft gegen die wilde unser Wirtschaftsleben zermürbende Wut fortgesetzter Arbeitseinstellungen gewendet. Dieses Verhalten ist von der Erkenntnis diktiert worden, daß wir ein sehr armes Volk geworden sind und daß wir auf viele Lebensbequemlichkeiten verzichten müssen, die uns in der Zeit vor dem Kriege Selbstverständlichkeit gewesen sind. Die allgemeine Armut unseres Volkes muß von allen Kreisen gleichmäßig und solidarisch getragen werden. Es geht nicht an, daß man sich ohne Rücksicht auf den Wohlstand der Nation und auf die Lebenssicherheiten anderer Kreise im Volke einseitig Vorteile erzwingt. Das gilt für alle sozialen Klassen im Staate. Wenn wir für die Landarbeiterschaft an dieser Stelle von vornherein unsere Sympathie erklärt haben, so aus der Ueberzeugung heraus, daß das landwirtschaftliche Proletariat unter weit elenderen Arbeits- und Existenzbedingungen zu leiden hat, als es dem Durchschnitt unserer Wohlhabenheit entspricht. Diesen Aermsten und Schwächsten im Volke leihen wir rückhaltlos unsere Unterstützung. Nicht sie sind es, die die Ernte gefährden, sondern die Agrarier, die von ihrem „Herrn-im-Hause"-Standpunkt auch unter der Gefahr des Zusammenbruchs der deutschen Ernährungswirtschaft nicht abgehen wollen.

Von den Lasten, die der langjährige Krieg auf das deutsche Volk gewälzt hat, hat fürwahr die Landwirtschaft bisher am wenigsten zu tragen gehabt. Jetzt hat man in eine Erhöhung der Getreidepreise gewilligt. Sie war notwendig geworden, um die Arbeitsfreudigkeit der produktiven Landstände heben zu können. Sie war notwendig geworden insbesondere deswegen, um jede Möglichkeit zu geben, für die Landarbeiterschaft und deren Elend Erleichterungen zu schaffen.

Trotzdem stellen sich die Junker getreu ihrem Grundsatz „und der König absolut, wenn er unsern Willen tut", das heißt wir sind Patrioten solange, als es uns etwas einträgt — auf den Standpunkt, daß den Landarbeitern weder höhere Freiheiten noch größere Existenzsicherheiten gegeben werden dürfen.

Wenn wir verlangen, daß den Schädigern des Vaterlandes mit aller Rücksichtslosigkeit zu Leibe gegangen wird, so bedeutet das nicht allein die Unterbindung aller schädlichen Auswüchse linksradikaler Treibereien, sondern in erster Linie auch die entschlossene Bekämpfung derer, die aus der Not des Volkes noch Riemen für ihre Sonderinteressen zu schneiden versuchen.

Die Landarbeiter müssen durch Tarifverträge, die das Notwendige für ihre und ihrer Familie Ernährung und Lebenshaltung sicherstellen, in die Lage versetzt werden, ihre alte Arbeitsfreudigkeit zu bewahren und von der Bitternis befreit werden, daß sie nach wie vor lediglich Werkzeuge der Reichtumsanhäufung für die Grundbesitzer sind.

Wir begrüßen die rücksichtslose Offenheit, mit der der Genosse Braun den wahren Charakter des Krautjunkertums gekennzeichnet hat. Bis auf wenige Afterbürger, denen die Sorge um den Geldsack höher steht als die Wohlfahrt des Volkes, steht das ganze deutsche Volk hinter ihm.

* * *

Preußische Landesversammlung.

47. Sitzung.

Donnerstag, den 16. Juli 1919, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische Braun.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Es setzt zunächst wieder eine Geschäftsordnungsaussprache über die Frage ein, ob während der Vollsitzungen auch Ausschußsitzungen stattfinden sollen. Die Mehrheit spricht sich grundsätzlich dagegen aus, läßt aber Ausnahmen zu.

Das Gesetz zur Milderung des Warenhaussteuergesetzes wird angenommen.

Abg. **Ruszczynski** (Dem.) begründet darauf einen Antrag, der die Regierung ersucht, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Fürsorge für Beamte und Lehrer in den bedrohten Grenzgebieten regelt.

Ein **Regierungsvertreter** erkennt die großen Verdienste an, die sich Beamte und Lehrer in der Ost-, Nord- und Westmark unter den schwierigsten Verhältnissen erworben haben. Die Regierung erkennt besonders an, was von ihnen in der Ostmark geschaffen worden ist, was ein Land, das sich in verwahrlostem Zustande und auf dem Tiefstande der Kultur befand, in die Preußische Verwaltung übernommen wurde. Der Ministerial-Beschluß vom 26. Juni sichert den betroffenen Beamten ihre Zukunft. Eine Ausgestaltung und Erweiterung des Beschlusses wird erwogen.

Die Abgg. **Rosenbrock** (Soz.) und Frau **Wrenk** (Z.) fordern eine gesetzliche Regelung der Frage.

Abg. **Winkler** (Dem.) schildert die schwierige Lage der betroffenen Beamten.

In der weiteren Debatte wird noch angeführt, daß die Berliner Regierung den Posener Beamten gegenüber besonders in den ersten Monaten keine glückliche Hand gehabt habe, auch die Posener Behörden hätten versagt.

Schließlich wird der Antrag angenommen.

Die zweite und dritte Lesung der Vorlage wegen Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern wird auf morgen verschoben.

Es folgen die förmlichen Anfragen der Deutschnationalen von Kessel und Genossen über den **Landarbeiterstreik**, der Sozialdemokraten über die Maßregelung organisierter Landarbeiter und der Unabhängigen über das Koalitionsrecht der Landarbeiter.

Landwirtschaftsminister **Braun** ist sofort zur Beantwortung bereit.

Abg. **Koch-Oeynhausen** (Dnat.):

Der Landarbeiterstreik hat schnell um sich gegriffen und droht sich zu einer Machtprobe auszuwachsen. Nach dem Niederbruch von Handel und Industrie ist uns die

Landwirtschaft als die einzige Stütze unseres Wirtschaftslebens

verblieben. Wir haben sie so nötig wie das tägliche Brot. Neben der Auffassung, daß mit dem großen Kladderadatsch alles schöner und besser wird, läuft die andere der spartakistisch-kommunistischen Richtung, die in dem offensichtlichen Plane erkennbar wird, das Wirtschaftsleben in Deutschland überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen (Sehr richtig! rechts), sondern es immer wieder durch die Lahmlegung lebenswichtiger Betriebe zu erschüttern.

Ein Streik von 14 Tagen vernichtet die Ernte.

Das kann nie mehr gutgemacht werden. Die Regierung muß entschieden gegen die spartakistische Hetze vorgehen.

Abg. **Schmidt-Cüpenick** (Soz.):

Die Rechte hat es so weit gebracht, daß die Gefahr eines Landarbeiterstreiks droht. Sie macht jetzt Stimmung gegen die Landarbeiter, um ihnen

das Koalitionsrecht zu rauben.

Die ganze Hetze kommt vom Pommerschen Landbund her. Dieser Landbund sucht eine Verständigung systematisch zu hintertreiben.

Die Landarbeiter werden ausgenutzt zur Erreichung politischer Ziele.

(Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Aber die alten Zeiten sind vorbei. Auch der Landarbeiter hat Anspruch auf gute Bezahlung. Von der Kriegskonjunktur der Landwirtschaft spricht jetzt kein Mensch.

Mit den Spartakisten sind die Junker viel näher verwandt als wir.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Manche Gutsbesitzer sagen ganz offen, es müßte noch viel schlimmer werden. (Hört, hört! links.) Der Belagerungszustand ist verhängt worden, ehe es überhaupt zu Unruhen kam.

Auch die Landarbeiter wollen das Mitbestimmungsrecht.

Jetzt gehören auch die Landarbeiter zur Landwirtschaft. Die Meldungen in der Presse sind teilweise direkt gefälscht. Das Vieh wird gefüttert und gemolken, und die Milch wird abgeliefert. (Hört! hört! bei den Soz.) Wo das unterbleibt, greifen wir ein. Kommt es zu einer zweiten Revolution, dann werden die Herren, die für die jetzige Bewegung verantwortlich sind, nicht so glimpflich davonkommen wie bei der ersten Revolution. (Lärm rechts. Zurufe rechts: Bodenlose Hetze!) Für Sie ist jeder ein Hetzer, der die Interessen der Arbeiter wahrnimmt. Das Militär griff überall zum Schutze der Arbeitgeber ein wegen der

engen Verwandtschaft der Offiziere zu den Gutsbesitzern.

(Sehr richtig! links.) Der Landarbeiterverband zählt schon über 300 000 Mitglieder, bald wird er eine Million überschritten haben. Dann wird sein Einfluß groß genug sein, daß das ländliche Proletariat nicht mehr mit sich Schindluder spielen zu lassen braucht. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Mehrhof** (U. Soz.): Die schlimmsten Wucherer und Schieber ergehen sich in den lautesten Tönen über den bolschewistischen Terror, um sich ihre schmutzigen Geschäfte so wenig wie möglich stören zu lassen. Auch die

Landarbeiter fordern das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen,

die Großagrarier aber wollen nicht einsehen, wie der Landarbeiter, der frühere Leibeigene, jetzt ein solches Recht geltend machen kann. Der Landwirtschaft geht es jetzt relativ gut, sie ist durchweg im Kriege und durch den Krieg zu Wohlstand gelangt, da ist es begreiflich, wenn jetzt auch die Landarbeiter ihren Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein geltend machen. Mit Gewalt wird immer nur das Gegenteil des Gewollten erreicht. Das Land steht immer noch unter der Diktatur einer Handvoll Herrenmenschen.

Landwirtschaftsminister Braun:

Die Regierung brauchte durch die Interpellationen nicht erst auf die „drohende Gefahr" aufmerksam gemacht zu werden. Es wäre doch verwunderlich, wenn das Streikfieber, das jetzt unseren kranken Volkskörper seit Monaten schüttelt, gerade die Landarbeiterschaft verschonen würde, deren

Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch heute noch die allerrückständigsten

sind. Die Revolution hat die Landarbeiter von den politischen Fesseln befreit, aber wirtschaftlich und sozial sie zu befreien, dazu bedarf es noch der planmäßigen Einwirkung durch die Landarbeiter selbst. Diese Situation wird jetzt durch einzelne kommunistische Agitatoren ausgenutzt, die die Landarbeiter in den Streik hetzen. Diese wenigen verbrecherischen Elemente suchen auch hier das daniederliegende Wirtschaftsleben zum völligen Zusammenbruch zu bringen, um auf den Trümmern die Herrschaft einer gewaltätigen Minderheit aufzurichten. Sie setzen an die Stelle der Demokratie den Terror und

an die Stelle des wahren Sozialismus einen rohen Handgranatensozialismus.

(Große Unruhe bei den U. Soz.) Ein scharfes Vorgehen gegen sie ist aber nur berechtigt, wenn es sich wirklich auf diese Elemente beschränkt und wenn die berechtigten Ansprüche der Landarbeiter erfüllt werden. (Sehr richtig! links.) Die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiter muß von Grund auf umgestaltet werden. Ueberall hatten wir Erfolge, wo von den

Arbeitgebern die Herbeiführung des Wirtschaftsfriedens nicht geradezu sabotiert

worden ist. Solche Kreise gibt es, sie sind das Gegenstück zu den Kommunisten, sind nicht weniger gemeingefährlich als diese, ja beide arbeiten sich einander in die Hände. (Sehr richtig! Zurufe links: Blaue Spartakisten! — Lärm rechts.) Es ist kein Zufall, daß gerade in Pommern die Bewegung einen so gereizten Charakter angenommen hat, denn in Pommern ist der Pommersche Landbund zu Hause, der angeblich wirtschaftsfriedlichen Zielen dient, in Wahrheit aber das

Zustandekommen von Tarifverträgen vereitelt

und politisch reaktionäre Ziele verfolgt. (Hört! hört! links. Widerspruch rechts.) Dieser Bund hat es auch verstanden, den militärischen Apparat in seine Dienste zu stellen. (Hört! hört! links.) Dadurch hat er sich in den Besitz von Waffen zu setzen gewußt. Gewisse militärische Kommandostellen stecken mit diesem Landbund unter einer Decke. (Hört! hört! links. Lärm rechts.) Der Pommersche Landbund ist soweit gegangen, daß er die Einrichtungen und Angestellten einer amtlichen Körperschaft, der Landwirtschaftskammer für Pommern, für seine politischen Ziele mißbraucht hat. (Stürmisches Hört! hört! links. Großer Lärm rechts. Zurufe rechts: Beweise!)

Wir haben das durch Haussuchungen festgestellt.

(Minutenlanger Lärm rechts. Zurufe rechts: Skandal! Ungesetzlich!) Die Haussuchungen sind von einem Kommissar vorgenommen worden, weil sie absolut notwendig waren. (Erneuter Lärm rechts. Zurufe rechts: Ungesetzlich!) Diese Haussuchungen sind völlig gesetzlich. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Wenn eine mir unterstehende öffentlich-rechtliche Körperschaft zu politischen Zwecken mißbraucht wird, habe ich das Recht, dagegen alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. (Sehr richtig! Große Unruhe rechts.) Sie (nach rechts) waren bisher nicht gewöhnt, von dieser Stelle solche Worte zu hören. (Sehr richtig! rechts.) Sie werden sich jetzt daran gewöhnen müssen. (Bravo! links.) Bei Ausbruch der Revolution hatten sich

diese Kreise ins Mauseloch verkrochen,

jetzt aber treten sie mit der alten Arroganz auf den Plan und suchen ihre besonderen politischen und wirtschaftlichen Zwecke durch-

zusehen. In der gewissenlosesten Weise werden noch heute Landarbeiter gemaßregelt wegen der Zugehörigkeit zu einer Organisation oder zu einer den Konservativen unangenehmen Partei. (Hört! hört! links. Zuruf rechts: Minister für Landarbeiter!)

Jetzt gehören auch die Landarbeiter zur Landwirtschaft,

das wurde bisher oft vergessen. (Beifall links.) Die Herren im Pommerschen Landbund, die diese verderbliche Tätigkeit ausgeübt haben, müssen mit derselben Schärfe bekämpft werden wie die kommunistischen Streikhetzer, denen sie die Hafen in die Küche treiben. (Lärm rechts. Beifall links.) Diese Herren haben es sogar gewagt,

Beamte des Landarbeiterverbandes zu bestechen

und meinen Kommissar durch Einladungen zur Jagd und durch gesellschaftliche Liebenswürdigkeiten von seiner Pflicht abzuhalten. (Stürmisches Hört, hört! links. Lärm rechts, Zurufe rechts: Beweise!) Was ich hier vortrage, kann ich alles beweisen. (Hört, hört! links.) Als das mißlang, hat man ein Kesseltreiben gegen den Mann unternommen und ihn mit der bekannten skrupellosen Art bekämpft, mit der Konservative von jeher politische Gegner zu vernichten trachteten. (Sehr gut! links. Lärm rechts.) In einer Beschwerde an das Ministerium hat der Landbund behauptet, einer meiner Kommissare hätte die Landarbeiter zum Generalstreik aufgehetzt. (Sehr richtig! rechts. Abg. Graf Kanitz: Der junge Mann? — Unruhe links.) Herr Graf, Sie sind auch nicht viel älter. Dieser Mann ist schwer verwundet aus dem Felde heimgekehrt, und Sie haben leicht Recht, in dieser Weise über ihn zu sprechen. (Beifall links.) Nach meinen Feststellungen sind diese Behauptungen, die Herr von der Osten auch auf dem Deutschnationalen Parteitag vorgetragen hat, nicht nur unrichtig, sondern das Gegenteil ist wahr. (Hört, hört! links.)

Diesem Dr. Grimm ist es gelungen, unter großen Schwierigkeiten eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen und einen Streik zu verhindern.

Die Verhängung des Belagerungszustandes war ein großer Fehler.

Ich habe sofort die Aufhebung verlangt. Die militärischen Stellen sollen sich nicht in Wirtschaftsstreitigkeiten mischen. Es müssen die Grundlagen zu befriedigenden Tarifverträgen gelegt werden, es müssen

landwirtschaftliche Spruchkammern

geschaffen werden. Die bolschewistischen Elemente von rechts müssen zur Ruhe gebracht werden, dann werden Streiks verhindert werden. Ein Erntestreik ist unter allen Umständen zu vermeiden. (Beifall.) Jetzt, wo unser ausgehungertes Volk wirtschaftlich so daniederliegt, ist ein

Erntestreik entweder Wahnsinn oder Verbrechen.

(Lebhafte Zustimmung.) Es verstößt auch gegen das gesunde Gefühl der Landarbeiter, daß sie die Früchte der Arbeit eines Jahres jetzt verderben lassen sollen. Machen unverständige Arbeitgeber eine Einigung unmöglich, dann muß die Staatsgewalt gegebenenfalls auch zwangsweise eingreifen. Die Staatsgewalt wird die Landarbeiter auch gegen die terroristischen Elemente schützen, die sie an der Erntearbeit verhindern wollen. (Beifall.) Die Ernte muß den Bolschewisten von rechts und links zum Trotz in die Scheune gebracht werden. (Lebhafter Beifall.)

Darauf werden die Verhandlungen wieder durch eine Geschäftsordnungsaussprache unterbrochen.

Präsident **Leinert** schlägt vor, die für die einzelnen Redner vorgesehene Redezeit von einer Viertelstunde für diesen Gegenstand auf eine halbe Stunde zu verlängern.

Abg. **Hoffmann** (U. Soz.) beantragt unter heftigen Angriffen gegen die Mehrheit, die Beschränkung der Redezeit überhaupt fallen zu lassen.

Der Antrag wird gegen die Rechte und die Unabhängigen abgelehnt. Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Darauf setzt wieder minutenlanger Lärm ein.

Präsident **Leinert** bittet nochmals um Ruhe. Wenn in diesem Tone weiter verhandelt werden soll, dann bin ich gezwungen, das Präsidium zu verlassen. (Bewegung und lebhaftes Hört, hört!)

Abg. **v. d. Osten** (Dnat. Vp.):

Herr Dr. Grimm, der jetzt Kommissar des Landwirtschaftsministers ist, hat früher auf einem ganz anderen politischen Standpunkt gestanden, noch nach der Revolution hat er versucht, in Ostpreußen bei der deutschnationalen Partei unterzukommen. (Hört, hört!) Er hat den Arbeitern in einer Versammlung in Schiewelbein gesagt, daß sie einzeln zu schwach seien, daß sie sich zusammenschließen müßten, um die Junkerherrschaft zu brechen, die Junker auf die Knie zu zwingen (Lebhafte Zustimmung links), daß

in Hinterpommern noch alles beim alten

sei (wiederholte lebhafte Zustimmung links), daß man sich durch Teilstreiks nur lächerlich mache, daß man mit dem allgemeinen Generalstreik vorgehen müsse (Lebhaftes Hört, hört! rechts), daß man nur damit die eisernen Mauern des Besitzes umlegen könne (Zurufe links), daß man den Generalstreik so oft wiederholen müsse,

bis die Junker endlich zu Kreuze kriechen.

Wenn die Verträge nicht zustandegekommen sind, so liegt das sowohl an der rapiden Entwicklung wie an der Verhetzung der Landarbeiterschaft durch kommunistische und anarchistische Elemente. Herr Braun ist kein Minister für Landwirtschaft, sondern gegen die Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts. Lärm links.) Wenn wir die bolschewistische Welle von uns ablenken wollen, müssen wir alle zusammenstehen. Sonst gehen wir unter. (Lebhafter Beifall rechts. — Die Redezeit ist abgelaufen.)

Abg. **Schauer** (Soz.):

Die Pommersche Landwirtschaftskammer hat sich in der Tat in den Dienst des Landbundes gestellt. Der Landbündler v. Bonin hat es offen gesagt:

Wir wollen keine Tarifverträge, wir wollen Herr im Hause bleiben.

(Hört, hört! links.) Das sind die Leute, die kurz vor dem Kriege auf dem Gutshof haben anschlagen lassen, die gutsherrliche Kutsche müsse gegrüßt werden, auch wenn niemand drin sitzt. (Stürmische Heiterkeit links.) In Stralsund haben wir monatelang verhandelt, der Vertrag war beinahe fertig, da erklärten die Landbündler plötzlich, sie machten nicht mehr mit. Die Generalstreiks in Stettin und Stralsund werden nicht aufhören, bevor der

Belagerungszustand nicht aufgehoben

ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister **Reinhardt**:

In Pommern bestand unabhängig von den jetzigen Vorgängen der Belagerungszustand in Stettin, Randow und Greifenhagen. Nach den Vorkommnissen im Kreise Franzburg wurde militärische Hilfe vom Regierungspräsidenten in Stralsund erbeten. Daraufhin wurde der Belagerungszustand vom Generalkommando II über Stralsund verhängt. Außerdem wurde zum Schutz um das bedrohte Gebiet der Belagerungszustand auch in Anklam, Demmin und Ueckermünde ausgesprochen. Das Ministerium hat gestern beraten und beschlossen, zwei Kommissare nach Pommern zu schicken, die eben abgereist sind, um an Ort und Stelle gemeinsam mit den streikenden Parteien die Lage zu prüfen. Sie sind bevollmächtigt worden, ohne weitere Rückfrage an Ort und Stelle alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Landwirtschaftsminister **Braun** wendet sich gegen den Abg. v. d. Osten. Die Angriffe gegen Herrn Grimm sind unberechtigt. Er hat sich niemals als deutschnationaler Parteisekretär angeboten und ist Sozialdemokrat seit 1915.

Abg. **Westermann** (Dem.):

Ich rate meinen Berufsgenossen auf der Rechten, sich nicht gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter zu wehren. Tarifverträge müssen abgeschlossen werden, und zwar durch Ausschüsse, in denen

Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten

sind. Es liegt im Interesse der Arbeitgeber selbst, die Gewerkschaftsorganisation der Landarbeiter zu fördern und nur mit ihr Verträge abzuschließen. Was in Pommern angerichtet ist, muß so rasch wie möglich wieder zurechtgerückt werden. Bei einem Landarbeiterstreik kommt doch nicht nur die Ernte, sondern die Allgemeinheit zu Schaden. Beide Teile müssen für eine Verständigung sorgen, zum Nutzen nicht nur der Landwirtschaft, sondern des gesamten deutschen Vaterlandes. (Beifall.)

Nach 6 Uhr wird die Beratung abgebrochen und auf ½8 Uhr abends vertagt.

•

Nachtsitzung.

Um ½8 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Die Aussprache über die Anträge zum Landarbeiterstreik wird fortgesetzt.

Abg. **Klausner** (U. Soz.) erklärt, daß es nie zum Streik gekommen wäre, wenn man die berechtigten Forderungen der Landarbeiter erfüllt hätte.

Abg. **Rasch** (D. Vp.) bedauert, daß der Landwirtschaftsminister alle Schuld den Arbeitgebern zugeschrieben habe. Vom Landarbeiterbunde sei zum Streik gehetzt worden. (Lärm b. d. Soz.)

Persönlich erklärt Abg. **Heilmann** (Soz.) gegenüber den Angriffen des Abg. Mehrhof, daß er daran festhalte, daß es spartakistische und kommunistische Agitatoren gäbe, die zum Streik hetzten, lediglich um das Elend zu vergrößern und ihr Ziel, die Gewaltherrschaft, zu erreichen.

Damit ist die Aussprache über die Landarbeiterstreikfrage erledigt.

Um 9 Uhr wird die Aussprache über das Ministerium des Innern fortgesetzt.

Abg. **Leid** (U. Soz.) richtet heftige Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten. Jetzt werde nur mit Maschinengewehren und Handgranaten regiert.

Freitag, 12 Uhr: Weiterberatung.

Schluß nach 11 Uhr.

Arbeiter! Parteigenossen!

In den Betrieben wird von den Kommunisten und Unabhängigen für Arbeitsruhe am Montag, den 21. Juli, agitiert. Sie versuchen, die Aktion des internationalen Proletariats, die sich gegen die Gewaltpolitik der Ententeimperialisten richtet, zu einer Aktion gegen unsere Regierung umzufälschen. Wir fordern daher unsere Genossen auf, unter allen Umständen in den Betrieben zu bleiben und geschlossen an den Veranstaltungen der Partei am Montag nachmittag nach Arbeitsschluß teilzunehmen.

Gegen den Gewaltfrieden.
Gegen den Imperialismus.
Für die Völkerverbrüderung.
Für den Aufbau des Wirtschaftslebens.

Das deutsche Volk ist ein Opfer der Gewaltpolitik der Ententeimperialisten. Ein Streik würde sich also nicht gegen die Unterdrücker, sondern gegen die Opfer der Unterdrücker, gegen uns selbst, wenden. Dazu dürfen wir nicht die Hand bieten.

Arbeiter! Parteigenossen!

Verhelft der Vernunft zum Siege. Nieder mit der Politik des Wahnsinns.

Bezirksvorstand des S. P. D.

Zur Hetze gegen die Landarbeiter.

Vereitelungsversuche der Alldeutschen.

Weimar, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Deutschnationale Volkspartei hat folgende Interpellation eingebracht: Spartakistische und kommunistische Umtriebe, zum Teil geschürt durch ausländische Agenten, sind im Gange, um durch Erregung wilder Streiks die Arbeit auf dem Lande zu unterbinden und allgemeine Unruhen herbeizuführen. Die Einbringung der Ernte wird dadurch verhindert und die Ernährung der Bevölkerung in Frage gestellt. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zur Abwendung dieser Gefahr zu treffen?

Eine ähnliche Interpellation ist auch von der Deutschen Volkspartei eingebracht worden.

Das alte Bild von dem Spitzbuben, der „Haltet den Dieb" schreit, um unerkannt entlaufen zu können. Aber dieses Mal wird den Herrschaften ihr Gezeter wenig helfen. Die richtige Antwort hat ihnen der Landwirtschaftsminister Braun gegeben, indem er auf die enge Verwandtschaft zwischen Junkern und Spartakisten hinwies. Das Gefühl, welches wir oft seit dem 9. November hatten, daß die reaktionären Kreise sich über das Vorhandensein einer linksradikalen Opposition freuen und diese zur Verschleierung ihrer eigenen unsauberen Zwecke verwenden, wird durch die Ereignisse der letzten Tage wesentlich bestärkt. Dieses Mal aber scheint den Herren Agrariern ihr frivoles Spiel von Anfang an zu mißglücken, da von der Regierung die Urheber der ländlichen Unruhen rechtzeitig erkannt worden sind. Hoffentlich halten sich die Kommunisten von jeder Agitation unter den Landarbeitern fern, um nicht den ländlichen Arbeitgebern erneuten Anlaß zu Hetzereien gegen die von ihnen ausgebeutete Landarbeiterschaft zu geben.

Vom Schaffen und Leben.

Aussprüche von Gottfried Keller.

Alles Schaffen aus dem Notwendigen heraus ist Leben und Mühe, die sich selbst verzehren, wie im Blühen das Vergehen schon herannaht. Dies Erblühen ist die wahre Arbeit und der wahre Fleiß; sogar eine simple Rose muß vom Morgen bis zum Abend tapfer dabei sein mit ihrem ganzen Korpus und hat zum Lohne das Welken. Dafür ist sie aber eine wahrhaftige Rose gewesen.

Leiden, Irrtum und Widerstandskraft erhalten das Leben lebendig.

Etwas wagen muß das Herz und früh auf sein, wenn es leben will.

Die träge Teilnahmlosigkeit eines Volkes endet immer mit der Mißachtung seiner Einrichtungen und mit dem Verlust seiner Freiheit!

Große Enthusiasten sind auch den größten Irrtümern unterworfen.

Es ist gesünder, nichts zu hoffen und das Mögliche zu schaffen, als zu schwärmen und nichts zu tun.

Es gehört auch zum Leben, sich einer schweren Notwendigkeit unterziehen zu lernen und von der Hoffnung zu zehren.

Es ist doch ein Elend mit uns Menschen! Täglich sprechen wir von Liebe und Humanität und täglich beleidigen wir auf Wegen, Stegen und Treppen irgendein Mitgeschöpf!

Meine Maxime ist geworden: wer keine bitteren Erfahrungen und kein Leid kennt, der hat keine Malice, und wer keine Malice hat, bekommt nicht den Teufel in den Leib, und wer diesen nicht hat, der kann nichts Kernhaftes arbeiten.

Sobald das Recht uns ein bißchen nach Pflicht riecht, sucht jeder einzelne sein Recht darin, keines zu üben.

Alles was wir an unseren Gegnern tadelnswert und verwerflich finden, das müssen wir selber vermeiden und nur das an sich Rechte tun, nicht allein aus Neigung, sondern recht aus Zweckmäßigkeit und geschichtlichem Bewußtsein.

Es steht einstweilen nicht mehr in der Macht der Kirche, ihre Gegner körperlich zu verbrennen; daß man hingegen mit Vergnügen ein moralisches Scheiterhäufchen unter den Füßen Andersdenkender anzündet, dies moralische Verbrennen ist kaum menschlicher.

Wenn man einen Esel füttert, bleibt derselbe ein Esel, wenn man aber einen Fuchsen speist, wird derselbe nichts anderes als ein Fuchs; denn jede Kreatur wächst sich nach ihrer Weise aus.

Jedes Unwesen ist noch mit einem goldenen Bändchen an die Menschlichkeit gebunden.

Die gute Gesellschaft, welche bis unter einen gewissen Punkt nie herabsinkt, verbreitet sich durch alle Stände und ist in den niederen Regionen ebenso oft zu finden, als in den hohen.

Das Volk streift zeitweise alte geborstene Rinden von sich ab, und man wird vergebens diese Bruchstücke trocknen, zu Pulver stoßen und ihm wieder unter die Nahrung mischen wollen; sie werden entweder sogleich ausgespieen oder die gute Natur hilft sich durch Geschwüre und Ausschläge.

Alle großen Veränderungen müssen einen Uebergang haben und sich einleben.

Kunstsammlungen und Kunsterziehung.

Zur Reform des Kunstsammelwesens veröffentlicht John Schikowski in der von Heinrich Cunow herausgegebenen sozialdemokratischen Wochenschrift „Die Neue Zeit" (Nr. 15) einen Aufsatz, der einen guten Ueberblick über die Gesichtspunkte dieser allgemein wichtigen Angelegenheit gibt. Die Neugestaltung der Schausammlungen, der Besuchszeiten, der gedruckten Führer wird besprochen. Schließlich weist Schikowski auf eine Maßnahme hin, die er für ganz besonders geeignet hält, die große Masse mit dem wichtigsten Inhalt unserer Kunstmuseen bekannt und vertraut zu machen.

Schikowski sagt: Die Tatsache, daß das Publikum allenthalben in die wechselnden, zeitlich begrenzten Kunstausstellungen strömt, während die ständigen Kunstsammlungen leer stehen, gibt den Weg an. Aus dem Besitz unserer Museen müßten nach bestimmten Gesichtspunkten einzelne Kollektionen zusammengestellt werden, die als wechselnde Sonderausstellungen in einigen für diesen Zweck hergerichteten Räumen des Museums zu zeigen wären. Und diese Kollektionen, deren jede eine einzelne ästhetische oder stilgeschichtliche Frage illustrierte, müßten dann als Wanderausstellungen auch in die größeren und mittleren, ja selbst in die Kleinstädte entsandt werden. Geeignete Räume für diese Zwecke wären wohl schon heute fast überall zu finden, und sie werden in Zukunft noch häufiger und besser zur Verfügung stehen, wenn erst dem allgemeinen Bedürfnis nach sogenannten „Volkshäusern", das heißt volkstümlichen Stätten der Bildung und Erholung, in weiterem Umfang Rechnung getragen ist. Eine unerschöpfliche Fülle von Kollektionen ließe sich unschwer zusammenstellen. Jede einzelne dürfte nicht zu umfangreich sein, und es wäre dabei keineswegs nötig, daß man die wertvollsten Meisterwerke auf Reisen schickte, sondern es käme nur auf eine geschickte Auswahl charakteristischer Stücke an. Es müßten — beispielsweise — einzelne Künstlerindividualitäten alter und neuer Zeit durch eine chronologisch angeordnete Auswahl ihrer Werke charakterisiert werden. Es müßten die kennzeichnenden Merkmale eines Kunststils durch Photographien oder Modelle von Bauten, Originale oder Abgüsse von Plastiken, durch Gemälde, Graphiken und gewerbliche Arbeiten (Möbelstücke, Geräte, Stoffe, Bucheinbände usw.) gezeigt werden, soweit es angängig ist, die für die ständigen Museen nicht empfehlenswerte Einrichtung von stilgerechten Interieurs am Platze wäre. Kunsthistorische Entwicklungsreihen könnten deutlich gemacht werden, indem man dem Beschauer vor Augen führte, wie der gleiche Gegenstand von der primitiven, der altorientalischen, der klassischen, mittelalterlichen, Renaissance-, Barock-, Rokoko-, Biedermaier- und modernsten Kunst dargestellt worden ist.

Aehnliches könnte auf kunstgewerblichem Gebiet versucht werden durch Kollektionen, die den Stuhl, den Tisch, den Beleuchtungsgegenstand, das Trinkgefäß und anderes im Wechsel der Zeitalter zeigten. Ein tieferes Verständnis für den Geist und die Tendenzen der heute lebendigen Kunstströmungen ließe sich dadurch anbahnen, daß man deren Wurzeln in alter Zeit darlegte, zum Beispiel durch eine Art Ahnengalerie des Impressionismus oder der Freilichtmalerei von der Renaissance über Japan bis auf Slevogt und Corinth; durch Zusammenstellung von Negerskulpturen, altorientalischen, islamitischen, frühchristlichen, romanischen und gotischen Arbeiten mit Werken des neuesten expressionistischen Stils. Dies sind nur wenige Andeutungen, die zeigen sollen, was ich meine. Die Ausstellungen könnten je nach der Größe der Stadt längere oder kürzere Zeit gezeigt werden, und die Rundreise jeder Kollektion könnte Jahre dauern. Gedruckte, kurz und populär gehaltene Anleitungen der oben angedeuteten Art hätten das Verständnis und das Einfühlen in das betreffende Gebiet zu erleichtern, Führungen und Vorträge könnten in den Ausstellungsräumen stattfinden. Die Kosten für solche Arrangements wären nicht groß, und sachverständige Kräfte für die Ausführung sind in genügender Zahl vorhanden.

Die Veranstaltung derartiger Wanderausstellungen müßte meines Erachtens eine der wichtigsten Aufgaben unserer volkstümlichen Kunstpflege werden. Die Ausstellungen würden das großstädtische Publikum unvergleichlich lebhafter anziehen und fesseln als die ständigen Schausammlungen der Museen. Sie würden aber namentlich an kleineren und entlegeneren Orten, in denen sonst wenig künstlerische Anregungen zu haben sind, bei einer bisher uninteressierten Bevölkerung den Sinn für Kunstfragen wecken und — ein nicht zu unterschätzendes Moment — die fruchtbarsten Einflüsse auf eine kunsthungrige und schönheitsdurstende Jugend ausüben.

Notizen.

— Eine Gottfried-Keller-Ehrung bringt auch die neue Nummer des „Wahren Jakob". Paul Enderling sagt in einem Aufsatz, der des Dichters Leben überschaut: „Gottfried Kellers Leben ist typisch für das Leben des deutschen Dichters in der Zeit, da das gebildete Bürgertum herrschte und die Parole für Literatur und Kunst ausgab: Verkennung und Kampf um die nackte Existenz in der Jugend, höfliche Ablehnung im Mannesalter zugunsten glatter Schönredner, überhitzte, ebenso gedankenlose Verehrung an der Schwelle des Todes."

— Der Bibliograph Johannes Müller, der seit 1894 in der Reichstagsbibliothek, von 1906—18 als Leiter, tätig war, ist in Zehlendorf, 69 Jahre alt, gestorben.

An die werktätige Bevölkerung Groß-Berlins!

Am Montag, den 21. Juli 1919, nachmittags 5 Uhr:

Massenversammlungen

Gegen den Gewaltfrieden.
Gegen den Imperialismus.
Für die allgemeine Völkerverbrüderung!
Für den Aufbau unseres Wirtschaftslebens!

Wir fordern unsere Parteigenossen auf, sich in Massen an der Kundgebung zu beteiligen. — Die Lokale werden noch bekanntgegeben.

Von allgemeiner Arbeitsruhe bitten wir Abstand zu nehmen.

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin.

Die Ursache und Ziele des Streiks in Stettin.

Stettin, 17. Juli. (T. U.) Heute hat eine Versammlung des Zentralrates und der Mehrheitssozialisten stattgefunden, in der über die Ursache und die Ziele des Streiks gesprochen wurde. Die Ursache erblickt man in der Hauptsache darin, daß die sogenannte Miliärkaste unzeitgemäße Maßregeln ergriffen habe. Der Belagerungszustand, der über Stettin seit dem 16. Mai schwebt, hätte schon längst aufgehoben werden müssen, da keine Unruhen von Bedeutung mehr vorgekommen seien. Ebenso hält man die Verhängung des Belagerungszustandes über Stralsund für unnütz, weil es auch dort nicht zu Unruhen gekommen sei. Eine Anfrage bei maßgebenden Stellen hat allenfalls ergeben, daß eine größere Anzahl von Arbeitern die Arbeit niedergelegt hat, aber es handelt sich hierbei nur um solche Arbeiter, die aushilfsweise angenommen waren, während die ständigen Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben. Aus diesen Gründen verlangt man die Aufhebung des Belagerungszustandes. Zu irgendwelchen Beschlüssen ist es nicht gekommen. Es sollen jedoch heute abend weitere Versammlungen stattfinden, in denen Stellung genommen werden soll. Weiterhin ist noch bekannt geworden, daß drei Regierungskommissare heute abend in Stettin eintreffen, um mit dem Zentralrate und mit den Behörden Fühlung zu nehmen, die Verhältnisse zu prüfen und gegebenenfalls die Aufhebung des Belagerungszustandes zu veranlassen.

Erntestreik und Nationalversammlung.

Interpellation der Rechtsparteien.

Weimar, 17. Juli. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Partei haben in der Nationalversammlung Interpellationen eingebracht, in denen angefragt wird, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenke, um die verheerende Wirkung des Erntestreiks zu verhindern.

Kabinettssitzung in Weimar.

Weimar, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Am Donnerstag nachmittag fand im Schloß zu Weimar eine Kabinettssitzung statt. Gegenstand der Beratung war der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarsachen. Am Donnerstag nachmittag fand eine Besprechung der beteiligten Regierungen mit den Fraktionen in Weimar statt, um in der Frage des § 18 der Parteiverfassung des Länderparagraphen eine Einigung herbeizuführen.

Die Reichsfinanzreform.

Karlsruhe, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der Plan der Verreichlichung des gesamten Steuerwesens wird in Baden scharf kritisiert. Der Landtag nimmt Dienstag Stellung, wird aber voraussichtlich zustimmen, da eine Mehrheit durch die Stimmen der Sozialdemokratie sicher ist.

Sozialisierung und Planwirtschaft.

Weimar, 17. Juli. (Eig. Drahtber. d. „Vorw.".)

Genosse Otto Wels teilt uns mit:

Ich habe im „Vorwärts" vom 15. Juli mich dagegen verwahren müssen, daß mir der Genosse Wissell in seinem Abschiedsgesuch die Behauptung unterstellt, in meiner Rede auf dem Parteitage hätte ich gesagt, die Parteien ständen geschlossen hinter seiner „Planwirtschaft". Gleichzeitig mit dieser Richtigstellung habe ich einige der Gründe angegeben, die gegen eine Unterstützung der Wissellschen Pläne durch die Partei sprechen. Hierbei ist mir ein Irrtum unterlaufen, der, so nebensächlich er auch für die Beurteilung der Planwirtschaft ist, vom Genossen Wissell nun zu einer großen Anklage aufgebauscht wird. Er selbst nennt die Sache, um die es sich handelt, einen Nebenpunkt, greift sie aber einzig und allein aus meinen Ausführungen heraus, um zu beweisen, daß ich seine Planwirtschaft weder gelesen noch begriffen hätte. Dieser Art zu polemisieren gegenüber stelle ich fest: 1. daß Genosse Wissell sich gegen die Sozialisierung, also gegen das A und O des wirtschaftlichen Parteiprogramms, ausspricht und an ihre Stelle lediglich eine Kontingentierung des Unternehmergewinnes setzen will, daß er also die wirtschaftliche Macht des Arbeitgebers überwiege und nur zugunsten des Staates eine Art schöner Umsatzsteuer herausschlagen will, was aber mit den sozialistischen Ideen von der Ueberführung der Produktionsmittel in das Allgemeingesetz und dem Mitbestimmungs- und Mitbesitzrecht der Arbeiter nicht das Entfernteste zu tun hat, ja vor seiner Verwirklichung neue Hindernisse aufbaut; 2. daß der Genosse Wissell auf meine Ausführungen mit keinem Worte eingeht und weder in seinen wiederholten Ausführungen, noch in seinen sehr umfangreichen Denkschriften den Beweis führt, ob und wie seine Vorschläge für die Planwirtschaft zur sozialistischen Produktion führen, sondern sich lediglich mit den großen Worten von dem „eigenen tiefsten Eindringen in das Problem der Zeit und der vollsten Aufrichtigkeit" zu behelfen weiß, die man schon aus seinem Abschiedsgesuch kennt; 3. daß Wissell, der mir Oberflächlichkeit vorwirft, lediglich auf Grund seiner Zeitungsberichtigung den Wortlaut notgedrungen kürzt und dadurch Schiefheiten enthält, der Partei eine Stellung zu seiner Planwirtschaft unterschiebt, die sie nie eingenommen hat, was auch Genosse Wissell aus den Auseinandersetzungen auf dem Parteitage, in der Fraktion und schließlich im Kabinett hätte wissen können.

Auslieferung des Leutnants Simon?

Leutnant Simon soll ausgeliefert werden. Wie uns aus Köln gemeldet wird, verlangt die Entente in Kürze die Auslieferung des Leutnants Simon, der seinerzeit, wie berichtet, die Verbrennung der französischen Fahnen vor dem Denkmal des alten Fritz, Unter den Linden, veranlaßte.

Der Tag des Protestes.

Wie die „Freiheit" ihn nicht auffaßt.

Die „Freiheit" unternimmt den hoffnungslosen Versuch, den sozialdemokratischen Parteivorstand gegen den „Vorwärts" auszuspielen. Wenn man den Kern der in dem Aufruf des Parteivorstandes niedergelegten Auffassung richtig versteht, so wird man den großen Unterschied zwischen der Aktion unserer Partei und der der Internationale am 21. Juli auf der einen Seite und der der unabhängigen Sozialdemokratie auf der anderen Seite leicht erfassen. Das internationale Proletariat, mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, demonstriert an diesem Tage gegen die friedensgefährliche Vergewaltigung ganzer Völkerschaften durch die Entente. Die Unabhängigen aber benützen diese Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die Regierung und zur Begründung neuer innerpolitischer Unruhen.

Deutschland hat die alten Machthaber abgeschüttelt. In den anderen Ländern ringt das Proletariat jedoch noch um den Sieg des Gedankens der demokratischen Gleichheit aller Staatsbürger. Das ist der Grundunterschied zwischen den Verhältnissen in Deutschland und den anderen Ländern.

Die „Freiheit" glaubt aus der Forderung der Arbeiterschaft in den Ententeländern nach politischer Amnestie nach Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur für sich das Recht abzuleiten, allein im Sinne der internationalen Bewegung am 21. Juli zu handeln. Das ist elende Demagogie! Die deutsche Revolution hat unmittelbar nach ihrer Durchführung all diese dunklen Stellen der deutschen Kriegspolitik entfernt. Dann aber setzte eine wüste Hetze der um die „Freiheit" gruppierten Kreise gegen die Demokratie selbst und gegen die Sicherungen der Revolution ein. Für die Putsche, die sich in unendlicher Reihe seit den Revolutionstagen in Deutschland wiederholt haben, und die die Hauptschuld tragen, daß das Werk des Wiederaufbaues der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands, der Konsolidierung der politischen Verhältnisse und der ruhigen Entwicklung des neuen Staates noch nicht gelungen ist, tragen die schamlosen Wühlereien der Organe vom Schlage der „Freiheit" und der zu ihr stehenden politischen Gruppen die alleinige Verantwortung. Gegen sie mußte im Interesse des ganzen Volkes jede Sicherung geschaffen werden. **Sie waren es, die unverantwortlich an die Leidenschaft der niederen Instinkte appellierte und das Wiederentstehen politischer Prozesse in Deutschland, die Verhängung des Belagerungszustandes in verschiedenen Orten und einer gewissen von Fall zu Fall eingetretenen Beseitigung der zur Pressefreiheit gewordenen Pressefreiheit provoziert haben.**

Wir, die wir Anhänger der vollen politischen Freiheit sind, wenden uns in unseren Versammlungen am 21. Juli gerade gegen die unabhängigen und kommunistischen Putschisten, die zur Wiedereinführung von Zwangsmaßnahmen getrieben haben. Wir wenden uns aber auch gegen die Kreise, die ohne Rücksicht auf die Not des Vaterlandes rücksichtslos und ausschließlich der nackten Profitgier folgen, und die dadurch die wirtschaftlichen und durch ihr reaktionäres Treiben auch die politischen Zustände Deutschlands erneut in Verwirrung zu bringen versuchen.

Für das sozialdemokratische Proletariat Deutschlands ist der 21. Juli der Tag des Protestes gegen alle volksfeindlichen Gewalten: **gegen die Gewaltpolitiker von Versailles, gegen die Gewaltpolitiker im unabhängigen und kommunistischen Lager und gegen die Gewaltpolitiker der alten Reaktion!**

Der Erfolg agrarischer Bockbeinigkeit.

Greifswald, 17. Juli. (T. U.) **Ueber die durch den Landarbeiterstreik verursachten Ernteverluste wird vom Landratsamt Franzburg der „Greifswalder Zeitung" mitgeteilt, daß tatsächlich bereits erhebliche Schäden eingetreten sind. Dem Landratsamt liegen mehrere Telegramme vor, in denen der Schaden zum Teil ziffernmäßig angegeben wird. Um nur ein Telegramm herauszugreifen, sei erwähnt, daß infolge des Streikes auf dem Gute Groß-Cordhagen 150 Morgen Wintergerste zum größten Teil ausgefallen sind. In anderen Telegrammen wird von Verlusten bei der Zuckerrübenernte gesprochen, weil die Zuckerrüben nicht gehackt worden sind. Ganz erheblich dürfte auch der Verlust von Rübsen sein, weil die Rübsenernte infolge Ueberreife ausgefallen sind. Die verloren gegangenen Werte in landwirtschaftlichen Produkten dürften demnach erheblich sein.**

Die Note Fochs zum Fall Manheim.

Die französische Regierung scheint ihre Beratungen über den Zwischenfall in Berlin, durch den der Sergeant Manheim sein Leben eingebüßt hat, beendet zu haben. Man spricht, daß eine Note Fochs bereits an die deutsche Regierung abgegangen sei. Darin soll gefordert sein:

1. Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens,
2. Entschuldigung wegen des Vorfalls,
3. Uebernahme der Kosten der Bestattung,
4. Entschädigung von 100 000 Frank für die Familie des Getöteten und
5. Buße der Stadt Berlin von einer Million Frank in Gold.

Die Entschuldigung seitens der deutschen Regierung ist bekanntlich sofort erfolgt. Daß die Stadt Berlin eine Buße zahlen soll, ist ganz widersinnig, weil der Berliner Sicherheitsdienst Staatssache und nicht Kommunaleinrichtung ist. Diese Gründe lassen uns annehmen, daß die Note nicht so aussehen kann.

Wiederaufnahme des Postverkehrs Amerika—Deutschland.

Amsterdam, 17. Juli. **Laut Pressebureau Radio hat der amerikanische Generalpostmeister die Wiederaufnahme des Postdienstes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland angeordnet. Es wird jetzt Post nach allen Teilen Deutschlands unter denselben Bedingungen und Tarifen wie für andere europäische Länder angenommen. Da bisher noch kein direkter Schiffsverkehr errichtet worden ist, wird die Post über Holland, Norwegen und Dänemark gesandt.**

Deutsch-polnische Vorbesprechungen.

Danzig, 17. Juli. Heute fanden in Thorn zwischen Vertretern des Obersten polnischen Volksrates, sowie Mitgliedern des Danziger Oberpräsidiums über die Ausführung der Friedensbedingungen bezw. die Räumung der abzutretenden Gebiete vorbereitende Besprechungen statt. Der Vorschlag der Reichsregierung bei der Entente auf Eröffnung direkter Kommissionsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen zur Ausführung des Friedensvertrages hat in Versailles noch keine Erledigung gefunden. Die Antwort auf diesen Vorschlag wird binnen kurzem erwartet. Die Thorner Vorbesprechungen sollen der raschen und reibungslosen Abwickelung der Angelegenheit dienen.

Französische Friedensdebatte.

Versailles, 17. Juli. Im Friedensausschuß der Kammer wurde gestern bekanntgegeben, daß der Friedensvertrag am 5. August im Plenum verhandelt werden würde. Der Ausschuß verlangt die Mitteilung aller Protokolle der Friedenskonferenz. Es kam darüber zu heftigen Auseinandersetzungen, namentlich über drei Briefe, die Marschall Foch wegen der militärischen Besetzung des linken Rheinufers an die Friedenskonferenz geschrieben habe. Auch von ihrem Inhalt will die Kommission Kenntnis haben. Ministerpräsident Clemenceau wird heute nachmittag vor dem Ausschuß erscheinen und wohl Stellung zu dem Verlangen nehmen.

Neuer Paragraph im österreichischen Friedensvertrag.

Haag, 17. Juli. (H. N.) „Universale New Service" meldet aus New York, daß die Großen Fünf einen Paragraphen in die österreichischen Friedensbedingungen eingefügt haben, und zwar den Bau zweier Eisenbahnen über den Reschen-Paß und über den Prodil. Der Bau dieser beiden Eisenbahnen auf österreichischem Boden findet auf italienischen Wunsch statt und wird von Italien bezahlt.

Stillstand des New-Yorker Hafenbetriebs.

Wie das Presse-Bureau Radio meldet, liegen im Hafen von New-York infolge des Streiks 1 500 000 Tonnen Schiffsraum müßig.

Ein sonderbares Fest.

Nach der „Freiheit" wird in einer Einladung des Freikorps Oven angezeigt: Ein Fest zu Ehren der in den Unruhen in Deutschland Gefallenen ....., mit Dampferfahrt, Picknick, Wein, Leckerbissen und Rauchwaren unentgeltlich aus Heeresbeständen. Und dazu wird noch die Anwesenheit des Reichswehrministers angezeigt. Wir müssen schon sagen, wenn da die „Freiheit" nicht mystifiziert wurde, fordert diese Veranstaltung zum schärfsten Protest heraus.

Das „neue" Blut in der deutschen Diplomatie. Den Wiener Abendblättern zufolge hat Prinz Wilhelm zu Stolberg die Führung der Geschäfte der deutschen Botschaft übernommen. Die „Neue Freie Presse" betont, Prinz Stolberg, der mit den deutsch-österreichischen Verhältnissen genau vertraut sei, hege die wärmste Sympathie für Deutsch-Oesterreich und habe sich durch seine maßvolle Behandlung der schwebenden Angelegenheiten sowie durch seine Objektivität großes Ansehen erworben.

Der Rechtsausschuß der preußischen Landesversammlung nahm heute das Gesetz an, das mit Rücksicht auf die feindliche Besetzung und die Abtretung von Gebieten den Justizminister zu anderweitiger Abgrenzung der Gerichtsbezirke ermächtigt, und dehnte diese Ermächtigung für die Verwaltungsgerichtsbarkeit auch auf den Minister des Innern aus.

Weimar, 17. Juli. Der Grundstückssteuerausschuß nahm folgenden Antrag an: Erfolgt der Uebergang des Eigentums nicht innerhalb eines Jahres nach Abschluß des zur Uebertragung des Eigentums verpflichtenden Eigentumsgeschäfts, so tritt die Steuerpflicht mit Ablauf eines Jahres nach Abschluß des Veräußerungsgeschäfts ein. Haben innerhalb des Jahres mehrere Veräußerungsgeschäfte stattgefunden, so werden sie sämtlich mit Ablauf eines Jahres nach Abschluß des ersten Veräußerungsgeschäftes steuerpflichtig. — Ein sozialdemokratischer Redner trat dafür ein, die nach 20 Jahren eintretende Besteuerung eines Grundstücks, das in diesem Zeitraum nicht den Besitzer gewechselt hat, für die gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgesellschaften aufzuheben. Der bayerische Regierungsvertreter gab darauf Auskunft über die bayerische Praxis der Besteuerung der Toten Hand, die in mancher Hinsicht für den zur Debatte stehenden Entwurf vorbildlich gewesen war. Der Vertreter der Reichsregierung legte nochmals eingehend dar, daß eine Aufhebung der Besteuerung der Toten Hand eine Privilegierung der juristischen Personen bedeuten würde. Ein sozialdemokratischer Redner trat dafür ein, zum mindesten die Volkshäuser und ähnliche Institutionen steuerfrei zu lassen. Die übrigen Paragraphen wurden teils zurückgestellt, teils mit redaktionellen Aenderungen angenommen.

Nach längerer Aussprache wurde die nächste Sitzung auf Freitag 4 Uhr nachmittags vertagt.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Asphalteure und Pappdecker.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der dem kürzlich in Dortmund abgehaltenen Verbandstage vorlag, ist folgendes zu entnehmen: Mehr als 75 Proz. der Mitglieder waren zum Kriegsheer eingezogen. Manche Verwaltungsstellen wurden beim Ausbruch des Krieges völlig lahmgelegt, weil sämtliche Mitglieder eingezogen waren. Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen. — Der Vorstand versuchte zunächst, die Aufbesserung der Finanzen des Verbandes durch Ausschreibung von Extrabeiträgen zu heben. Diese Maßnahme fand leider nicht das richtige Verständnis bei den Mitgliedern. Mit dem 1. Oktober 1917 trat das Statut wieder in vollem Umfange in Kraft. Da man nach der ganzen Sachlage damit rechnen konnte, daß der Krieg sich seinem Ende näherte, mußte der Hauptvorstand Mittel schaffen, die den zurückkehrenden Kollegen die weitgehendste Milderung der wirtschaftlichen Not sicherten. Der Verbandsvorstand machte den Vorschlag, den Wochenbeitrag von 50 Pf. auf 75 Pf. zu erhöhen. Dieser Vorschlag fand überall einmütige Zustimmung. Der erhöhte Wochenbeitrag von 75 Pf. trat mit dem 1. Juli 1918 in Kraft. Er hat zweifelsfrei zur Gesundung der Finanzen des Verbandes geführt.

Trotz der ungünstigen Geschäftslage in der Asphaltindustrie konnten auch während des Krieges durch Tarifabschlüsse recht erhebliche Lohnerhöhungen, Teuerungszulagen u. a. m. für die Mitglieder durchgesetzt werden. Leider war es nicht möglich, die kleinen Verwaltungsstellen während des Krieges zu halten. Diese sind verlorengegangen. Die Mitgliederziffer von 1914 ist nicht nur erreicht, sondern am Schlusse des 1. Quartals 1919 bei weitem überschritten. Das Wachsen der Mitgliederziffern hält auch jetzt noch an, so daß man getrost in die Zukunft blicken kann.

Die Finanzen des Verbandes haben sich am Schluß des Jahres ganz wesentlich gebessert. Das 1. Quartal 1919 ist ganz besonders erfreulich. Trotz der hohen Summe, die für Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden mußte, ist der Abschluß äußerst günstig. Der Bericht schließt: „Der Verband hat schwere Zeiten durchlebt. Indessen hat er die Krise überstanden. Das Ende des Jahres findet uns bereits wieder in einem erfreulichen Aufstieg. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß es weiter vorwärts geht."

Der Verbandstag hat eine wesentliche Kritik an dem Geschäftsbericht des Hauptvorstandes nicht geübt. Nur Leipzig führte die üblich gewordenen Vorwürfe, daß die Politik der Generalkommission und mit dieser auch die der Gewerkschaftsvorstände den Kapitalismus gestützt (?!) habe u. a. m. Ebenso führte ein Leipziger Vertreter heftige Angriffe gegen die Redaktion. Nicht die Gewerkschaftsarbeit wurde kritisiert, sondern die „Politik" der Generalkommission und damit auch die der Vorstände, weil sie nicht den Methoden der U. S. P. entspricht.

Die Statutenberatung hat eine wesentliche Aenderung gebracht. Alle Anträge auf Schmälerung der an die Hauptkasse abzuführenden Beträge wurden glatt abgelehnt. Der Verbandstag beschloß, daß Eintrittsgeld auf 1,50 M., den wöchentlichen Beitrag ab 1. Juli auf 1,— M. festzusetzen.

Die Unterstützungseinrichtungen haben eine recht erhebliche Erhöhung zugunsten der Mitglieder erfahren. Die Sterbeunterstützung wird vom 1. Januar 1920 ab auf 35 anfangs, steigend bis 120 M., erhöht; sie wird im Todesfalle der Ehefrau auch dem Manne gewährt.

Die Erwerbslosenunterstützung hat der Verbandstag in zwei Gruppen, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, zerlegt. Die Arbeitslosenunterstützung gewährt Unterstützungssätze, die sich je nach der Dauer der Mitgliedschaft auf 1,20 bis 2,75 M. täglich belaufen und für 40 bis 54 Tage gezahlt werden. Die Sätze der Krankenunterstützung, die für 40—50 Tage gewährt werden, betragen 0,50—1,75 M. pro Tag.

Die Streikunterstützung wird auf 3,75 M. pro Tag festgesetzt für alle diejenigen, die dem Verbande bereits 52 Wochen angehören. Indessen kann den Mitgliedern, die mehr als 26 Wochenbeiträge geleistet haben, 2,50 M., denen, die noch nicht 13 Wochenbeiträge geleistet, kann eine Unterstützung in Höhe von 2,— M. gewährt werden.

Bei den Wahlen zum Hauptvorstand hatte Leipzig beantragt, den Sitz des Vorstandes nach Leipzig zu verlegen, ebenso das Verbandsorgan dort zu drucken und den derzeitigen Redakteur mit dem 1. Juli seines Amtes zu entheben. Die Anträge wurden abgelehnt. Als festangestellter Vorsitzender wurde Kriegisch-Berlin gewählt. Hirschmeier-Leipzig erhielt die beiden Leipziger Stimmen. Kassierer und Redakteur wurden wiedergewählt. Als Sitz des Ausschusses wurde Hamburg bestimmt. Winzer wurde als Obmann gewählt.

Wie man Reinmachefrauen behandelt.

Der Zentralverband der Hausangestellten schreibt uns: Wie andere Berufsgruppen, so haben sich auch die Frauen, welche mit Bureaureinigung beschäftigt sind, an die Organisation angeschlossen. Das will vielen Leuten, welche diese Art der Arbeit recht niedrig einschätzen, nicht in den Kopf, noch dazu, wenn diese Leute an der Spitze großer Bankinstitute stehen und die Frauen das berechtigte Ersuchen um Lohnerhöhung und Zahlung einer Entschuldungssumme stehen. Da kann es denn vorkommen, daß die Vertreterin der Organisation, welche ihre Kolleginnen persönlich bei den Verhandlungen unterstützen möchte, ganz einfach hinausgewiesen wird. Herr Direktor Krüger von der Diskonto-Gesellschaft erklärte, bei Verhandlungen auf die Anwesenheit der Vertreterin vom Hausangestellten-Verband Verzicht leisten zu müssen. Wir haben dann die weiteren Schritte eingeleitet und den Schlichtungsausschuß angerufen. Inzwischen hat man unseren Kolleginnen erklärt, wenn sie sich im Guten ohne die Organisation mit der Bank geeinigt hätten, dann würden sie mehr erreichen, und sie können stolz darauf sein, in einem so vornehmen Institut beschäftigt zu werden. Ja, man geht noch weiter. Um nicht selbst mit der Organisation verhandeln zu müssen, will man die ganze Reinigung einem Institut übertragen und sämtlichen Frauen kündigen.

Auf die soziale Einsicht der Bankleitung wirft diese Handlungsweise ein eigenartiges Licht. Unseren Kolleginnen aber rufen wir zu, fest zusammenzustehen und die Organisation hochzuhalten.

Drohender Streik in der Reichsdruckerei.

Zu der in Nr. 360 des „Vorwärts" veröffentlichten Notiz schreibt uns ein mit den Verhältnissen in der Reichsdruckerei vertrauter Parteigenosse, es sei noch nicht darüber abgestimmt, ob am Sonnabend in den Streik eingetreten werden solle. Diese Abstimmung stehe noch bevor. Die Forderung auf Gewährung einer Entschuldungssumme hält der Einsender für unbegründet, denn die festangestellten Beamten der Reichsdruckerei befänden sich in keiner größeren Notlage als alle sonstigen Reichs- und Staatsbeamten. Bei den Hilfskräften könne überhaupt nicht von einer Notlage gesprochen werden, da junge Mädchen von kaum 20 Jahren einen Wochenlohn von 80 M. erhielten.

Wenn diese Angaben sich nicht etwa auf besonders günstige Einzelfälle stützen, sondern auf die Mehrheit der in der Reichsdruckere Beschäftigten zutreffen, dann wird ja wohl wenig Neigung zum Streik vorhanden sein. Hoffentlich gelingt es, eine gütliche Verständigung über die Forderungen herbeizuführen.

Beseitigung des Trinkgeldes.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen hat mit der „Mitropa", Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-Aktiengesellschaft, einen Tarifvertrag abgeschlossen, der sich auf das gesamte Personal erstreckt; und zwar sind besonders benannt: Aufseher, Schaffner, Oberkellner, Abteilkellner, Wagenkellner, Silberputzer, Köche, Küchengehilfinnen, Kutscher, Hausdiener und Wagenputzer. Bekanntlich geht das Bestreben der organisierten Gastwirtsgehilfen jetzt allenthalben dahin, das Trinkgeldsystem restlos zu beseitigen; dieses Vorhaben ist mittels des mit der „Mitropa" abgeschlossenen Tarifs vollkommen gelungen; in Betracht kommen bei dem jetzigen, natürlich beschränkten Reiseverkehr immerhin noch rund 600 Angestellte.

Wegen der von den Gehilfen geforderten Beseitigung des Trinkgeldsystems war es in Dresden zum Streik und zur Generalaussperrung gekommen; selbst die Hotels hatten den Fremden anheimgestellt, sich selbst „Stiefeln zu putzen und Betten zu machen" — oder abzureisen! — Und das in Dresden, der Fremdenstadt par excellence! — Und jetzt in der Hochsaison! — Nach achttägiger Dauer wurde der Streik aufgehoben und die Arbeit wieder aufgenommen.

Angestellte bei Militärbehörden! Heute Freitag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25, öffentliche Fachversammlung. Es sprechen Müller-Lübeck über „Aktive oder Inaktive, Soldat oder Zivilangestellter" und Feger-Berlin über „Was bleibt zu tun?" Alle in Betracht kommenden Arbeitnehmer sollten diese wichtige Versammlung besuchen.

Parteinachrichten.

Parteitag für Schleswig-Holstein.

Ein Bezirksparteitag für die Provinz Schleswig-Holstein tagte am 13. und 14. Juli im Kieler Gewerkschaftshaus. 157 Vertreter waren anwesend. Genosse Alks, der an Stelle des Genossen Kürbis die Geschäfte des Bezirksvorstandes im letzten Halbjahr führte, gab den Rechenschaftsbericht. Die Zahl der Ortsvereine betrug am 31. März 256 gegen 133 im Jahre 1914. Die Zahl der Mitglieder hat sich gegen 1914 von 55 037 (davon 11 044 weibliche) auf 81 999 (davon 21 053 weibliche Personen) erhöht. Unsere Parteipresse hatte am Schlusse des Geschäftsjahres 54 758 Leser. Einzelne Austritte aus der Partei sind durch Neuaufnahmen nicht nur ausgeglichen, sondern übertroffen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten im Bezirk beträgt 484, in der Gemeindevertretung weit über 1000. Von 11 Mandaten zur Nationalversammlung hat unsere Partei 5, von den 16 Mandaten zur Preußischen Landesversammlung 8 erhalten.

Bisher befand sich das Bezirkssekretariat in Altona, nunmehr wird dieses laut einstimmigem Beschluß des Parteitages nach der Provinzzentrale Kiel verlegt. Beschlossen wurde, für das Bildungswesen und die Jugendpflege einen besonderen Ausschuß zu wählen und dafür einen besoldeten Sekretär anzustellen. Der Bezugspreis der „Westholsteinischen Volkszeitung", der bisher 1,20 Mark beträgt, wurde auf 1,60 M. erhöht. In die Bezirksleitung wurden die Genossen Poller, Kürbis, Haß und Schröder gewählt. Eine aus 7 Personen bestehende Kontrollkommission wurde ebenfalls gewählt.

Genosse Schöpflin ist zum leitenden Redakteur des Karlsruher „Volksfreund" gewählt und tritt diese Stellung anfangs September an.

Personalien der Parteipresse. Am 16. Juli ist Genosse Wilhelm Kaisen aus Hamburg in die Redaktion des „Bremer Volksblattes" eingetreten. Mit ihm sind nun zwei Redakteure im lokalen Teile der Zeitung, zu dessen besserer Ausgestaltung, beschäftigt.

Verantwortlich für Politik: Artur Zickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Lesen Sie dieses zweimal.

Die Natur hat dem Menschen die Augen gegeben, damit er gut sehen kann, nicht aber, damit er Beschwerden davon haben soll. Die Augen aber dürfen am wenigsten ungestraft überanstrengt werden, denn viele Beschwerden, die anscheinend nichts mit den Augen zu tun haben, können dennoch durch deren Ueberanstrengung hervorgerufen werden, besonders Kopfweh, Nervosität, Schwindelanfälle und Uebelwerden.

Gute Augengläser können Sie davor schützen. Aber die Hauptsache ist, daß Ihnen Ihre Gläser ganz genau passen, dabei fest und absolut richtig sitzen. Dafür garantieren wir Ihnen!

Unsere modernen Formen sind überaus kleidsam.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos.

Wir garantieren für Passen der Gläser und, was ebenso wichtig ist, für guten Sitz. Unsere Dienste aber gehen noch weiter, denn wir garantieren für unsere Einfassungen von M. 8,50 aufwärts (ohne Gläser) 2 und 3 Jahre, und machen Ihnen in dieser Zeit

alle Reparaturen umsonst.

Ausgenommen ist Bruch der Gläser, der Horn- und Schildpatt-Teile. Ja, selbst wenn die garantierte Fassung, sei es auch Ihre eigene Schuld, so zerbrochen wird, daß eine Reparatur nicht mehr lohnt, so erhalten Sie gleichwertigen Ersatz umsonst.

Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unseren Optometer z. Selbstbestimmen passl. Gläser nebst Versandliste.

Optiker Ruhnke

20 Geschäfte:

C. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße
Alexanderplatz, neben Aschinger
SO. Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz
W. Leipziger Str. 113, Ecke Mauerstraße
Lietzstr. 1, Ecke Potsdamer Str.
Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Straße
Friedrichstr. 106, Ecke Ziegelstr.
N. Chausseestraße 72
Invalidenstr. 164, Ecke Brunnenstr.
NW. Friedrichstr. 130, Ecke Dorotheenstraße
Schöneberg:
Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz
Friedenau:
Rheinstr. 18, Ecke Kirchstr. gegenüber der Kaiser-Eiche
Wilmersdorf:
Berliner Str. 132/33, an der Uhlandstraße
S. Kottbuser Damm 10, nahe Warenhaus Jandorf
Neukölln:
Bergstr. 4, gegenüber Richardstr.
Spandau: Breite Str. 18.
Neu!
SW. Belle-Alliance-Straße 4, am Halleschen Tor
N. Schönhauser Allee 81, Hochbahnstation Nordring
Charlottenburg:
Tauentzienstraße 15, Ecke Marburger Straße.
Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo.

Wilsons Versagen – unsere Schuld?

Von Victor Schiff.

Professor Friedrich Wilhelm Förster gehörte während des ganzen Krieges zu jener geistigen Elite, die mit einer bewundernswerten Unerschrockenheit, sowohl in München wie in Zürich, allen Wechseln des Kriegsglücks zum Trotz seine pazifistischen Anschauungen konsequent vertreten hat. Zu den tragischen Lehren dieses Weltkrieges gehört es, daß dieser mit dem Versailler Frieden, das heißt mit dem Schiffbruch aller hohen Ideale geendet hat, die die besten und ehrlichsten Köpfe aller kriegführenden Länder zum Segen und zur Genesung der Menschheit inmitten der allgemeinen Aufhetzung und Verwilderung vertreten hatten. So hat aber auch Professor Förster selbst Schiffbruch erlitten, nicht etwa weil seine Ziele, sondern weil seine Voraussetzungen unvollkommen waren. Er setzte ein unbegrenztes Vertrauen in die „westlichen Demokratien" und erblickte im militaristisch regierten Deutschland das einzige Hindernis für einen gerechten demokratischen Frieden. Und als ihn die Kunde der Versailler Friedensbedingungen traf, setzte er sich mit einer Konsequenz, die man bezeichnenderweise bei fast all denen feststellen kann, für die der Pazifismus nicht eine bloße demagogische parteipolitische Agitationswaffe war, gegen die Unterzeichnung ein: „Ich fürchte," schrieb er unmittelbar vor der Weimarer Entscheidung an Theodor Wolff, „man unterzeichnet, und verleiht damit den Kriegskabinetten der Gegner einen Erfolg, der sie im Sattel hält, während die Nichtunterzeichnung sie in wenigen Tagen stürzen würde. Das weiß man im neutralen Ausland ganz genau."

Diese Sätze werden in einer Vornotiz zitiert, die die Redaktion des „Berliner Tageblattes" am Dienstagmorgen einem Artikel Försters vorausschickt: „Nach Friedensschluß". In diesem Artikel unternimmt Förster den durchaus lobenswerten und vom Standpunkt seiner bisherigen Politik aus absolut konsequenten Versuch, „das Versailler Friedensdokument psychologisch begreiflich zu machen".

Es ist gut, daß es Männer gibt, die die wertvolle und seltene Fähigkeit und Veranlagung besitzen, sich in die Seele des Gegners versetzen zu können, und es ist auch nützlich, wenn solche Männer als Diplomaten verwendet werden. Die bayerische Regierung, deren Gesandtschaft in Bern seit der Revolution von Professor Förster geleitet wird, dürfte somit über die Anschauungen und Absichten der Ententemachthaber in hervorragender Weise unterrichtet sein. Aber Professor Förster geht in seiner Konsequenz wohl doch zu weit, wenn er in dem erwähnten Artikel nachweisen will, daß wir, in diesem Falle also die deutsche Regierung, daran mitschuldig sind, wenn die Regierungen der „westlichen Demokratien" in Versailles Wortbruch und Vergewaltigung begangen haben. Mit anderen Worten, wenn seine Ideale Schiffbruch erlitten haben. Unterlassungssünden unsererseits sollen daran schuld sein, daß das feindliche Ausland von der Tatsache der deutschen Revolution nicht recht überzeugt sei und uns daher schärfere Friedensbedingungen aufgezwungen habe, als wir nach dem Sturz der Monarchie erwarteten. Das Ausland sei von der geistigen Umwandlung des deutschen Volkes nicht überzeugt, nachdem dieses von der republikanischen Regierung über die verschiedenen Sünden und Untaten der kaiserlichen Regierung ungenügend aufgeklärt worden sei.

Es ist richtig, daß das deutsche Volk von den planmäßigen Verwüstungen in den besetzten Gebieten, von den Arbeiterdeportationen usw. zu wenig weiß. Aber da nun die Regierung durch die Annahme des Wilson-Programms die völlige Wiederherstellung der besetzten Gebiete versprochen hatte und gerade diesen Punkt als eine besondere Ehrenpflicht des deutschen Volkes wiederholt bezeichnete, ohne daß sich von irgend einer Seite irgendein Widerspruch erhob — z. B. Rantzaus Programmrede in Weimar —, so hätte die französische Regierung damit zur Beruhigung der Geister beitragen können, wenn sie es gewollt hätte. Gewiß, viele der wirtschaftlichen Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens würden dem deutschen Volke erklärlicher erschienen sein, wenn es über den Umfang des angerichteten Schadens und die niederträchtige Art, in der dieser vielfach angerichtet wurde, eingehender orientiert worden wäre. Die Wut des französischen Volkes, dem man jede Zerstörung als beabsichtigt und barbarisch hinstellte, auch z. B. jene von St. Quentin, obwohl diese Stadt monatelang hinter der deutschen Front lag und durch englische Geschütze zu einem grauenhaften Trümmerhaufen gemacht wurde — wäre sie deshalb geringer geworden, weil von irgend einer deutschen amtlichen Stelle wirkliche Verbrechen dieses oder jenes Heerführers beleuchtet worden wären? Ach, wer in der Entente nicht an die deutsche Revolution glauben wollte, dem hätte keine Rede und keine Tat die Ungläubigkeit auskuriert. Wer Interesse daran hatte, den politischen und geistigen Umsturz in Deutschland zu bestreiten, dem wäre jede Volksaufklärung bei uns, wie sie Professor Förster vermißt, herzlich gleichgültig gewesen. Clemenceau, Northcliffe, Tardieu, der „Temps", die „Times", der „Figaro" und wie alle Männer und Blätter heißen, die den Haß gegen das deutsche Volk jahrelang, jahrzehntelang geschürt haben, hatten nun einmal Interesse daran, das Deutschland von 1919 als unverändert hinzustellen, um ihren kapitalistisch-imperialistischen Wortbruch zu begründen. Wäre selber Professor Förster deutscher Ministerpräsident gewesen und hätte er trotz aller Streiks, Putsche und sonstiger Krisen nichts anderes zu tun gehabt, als das Volk täglich über deutsche Untaten aufzuklären — auch dann wäre der Friede von Versailles nicht um ein Jota besser als er ist; auch dann wären sämtliche Ideale unserer edelsten Köpfe, einschließlich des Vertrauens Försters in die „westlichen Demokratien", unter deren Rache-, Macht- und Raubsucht hilflos zusammengebrochen.

Aber es gab auch eine andere Kategorie von Menschen, die Interesse daran hatten, den Glauben der Welt an die Aufrichtigkeit der deutschen Revolution zu zerstören. Es waren jene, die, um Sympathien für ihre Person und ihre Partei im In- und im Ausland zu werben, keine Gelegenheit verpaßten, die Behauptung zu propagieren, es sei alles beim alten in Deutschland geblieben. Das waren die Herren Wilhelm Herzog, der Salonbolschewist der „Republik", der sich in Genf an Romain Rolland herandrängte, um ihm seine verfolgte Unschuld bloszulegen, H. von Gerlach und Dr. Grelling, die in der Schweiz die verfolgten deutschen Revolutionäre spielten, die einzig und allein die Wahrheit hinauszuschreien den Mut hätten. Das war Herr Hugo Haase, der in Amsterdam dem Genossen Longuet einen langen Vortrag über dieses Thema hielt, den man einige Tage später, zu Beginn der Versailler Verhandlungen, als Interview im „Populaire" lesen konnte.

Kein Wunder, wenn dann sogar die „besseren Elemente", auf deren Bekehrung Professor Förster mit Recht — obgleich sie tatsächlich noch immer machtlos sind — so großen Wert legt, sich noch nicht zum Glauben an die deutsche Revolution ganz durchgerungen haben.

Kein Wunder auch, wenn die schlechten Elemente der Entente der Versuchung nicht widerstanden, diesen wertvollen Kronzeugen die von ihnen erhoffte Reklame zu machen.

Wogegen man sich aber unbedingt wenden muß, daß ist der Versuch Försters, auf Grund unserer eigenen Fehler Wilson mildernde Umstände zuzubilligen. Förster verurteilt übrigens den amerikanischen Präsidenten und sein Versagen ausdrücklich, schreibt aber weiter:

„Haben aber nicht wir die Hauptschuld daran, daß er nicht durchdringen konnte? Die 14 Punkte wurden uns doch schon im Januar und Februar 1918 angeboten. Damals antworteten wir nur mit Entrüstung, Spott, Zweideutigkeiten und Brest-Litowsk."

Das trifft sicherlich für die Alldeutschen zu und Förster hat absolut recht, diesen jedes moralische Recht, jetzt zu protestieren, abzustreiten. Und wenn sich andere aus falsch angebrachter Bündnistreue weigern, Oesterreich-Ungarns Aufteilung zuzustimmen, und überzeugt waren, Elsaß sei ein deutsches Land, so könnten sogar Sozialdemokraten mit ruhigem Gewissen die Verantwortung dafür übernehmen, daß sie sich nicht begeistert auf das Wilson-Programm gestürzt hätten.

Aber gleichviel, wie schlimm auch die Sünden gewesen seien, die das frühere Regime bei und nach der Bekanntgabe der Wilsonschen Punkte begangen hat, dieses Programm war uns wieder im Oktober 1918 als Friedensbasis angeboten worden und von uns und der Entente noch vor der Revolution — Lansings Note ist vom 5. November 1918 datiert — feierlich angenommen worden. Die wertvollen Versuche des Professors Förster, uns die Psychologie der Gegner begreiflich zu machen, dürften nicht in einen Versuch ausarten, sich über diesen springenden Punkt hinwegzusetzen, oder dessen kapitale Bedeutung zu verringern.

Förster bemängelt ferner, wie es bereits Abg. Haase in Weimar getan hat, daß man nicht längst die Schuldigen, die wir nunmehr ausliefern müssen, hat aburteilen lassen. Man kann annehmen, daß nach Ansicht sowohl Försters wie Haases solche Verfahren nur auf einer rechtlichen Grundlage stattfinden dürften. Eine solche konnte erst die Nationalversammlung schaffen, nämlich einen Staatsgerichtshof, der übrigens bereits im März geschaffen wurde. Abgesehen davon, daß unparteiische Untersuchungen über die vielen in Betracht kommenden Personen und Tatsachen doch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, wäre es nicht sehr klug gewesen, in diesen politisch erregten Frühjahrswochen neuen Zündstoff in Deutschland zu streuen. Hatte die Regierung übrigens nicht ohnedies die Hände voll zu tun, um die Demokratie und das Leben des Volkes zu schützen? Heute Putsch in Berlin, morgen Generalstreik im Ruhrrevier, übermorgen Revolution in München, usw. usw. und das seit Anfang Januar bis heute! Und da wundert sich Professor Förster und mit ihm die „besseren Elemente" des Auslandes, daß die Regierung nicht genügend tue, um das Volk über deutsche Untaten in Nordfrankreich aufzuklären und die Schuldigen bestrafen zu lassen!

Was Herrn Professor Förster besonders bedenklich erscheint, das ist die absichtliche Nichtveröffentlichung der Akten des Auswärtigen Amtes. Die ganze Welt habe auf das „offene deutsche Wort" gewartet. O, das glauben wir gern, daß alle — also nicht nur die „besseren Elemente" der Entente — auf für Deutschland belastende Dokumente, auf ein deutsches Schuldgeständnis lauerten, um einerseits den geplanten Wortbruch moralisch zu begründen und andererseits sich selbst in Unschuld zu waschen, während die eigenen Archive hermetisch geschlossen blieben. Förster sagt selbst, von einer alleinigen Schuld Deutschlands könne nicht die Rede sein, und er gebraucht diesbezüglich eine sehr schöne und zutreffende Formel: „Die ganze Welt trieb Machtpolitik, wir aber haben die Machtpolitik systematisiert."

Nun, jetzt wo Wilson versagt hat und der Wortbruch begangen ist, und nachdem die Entente den internationalen Gerichtshof abgelehnt hat, wird hoffentlich ein internationaler sozialistischer Ausschuß an der Hand aller vorhandenen Akten die Richtigkeit dieses Wortes nachweisen. Aber Herr Professor Förster besitzt sicherlich in zu hohem Maße die wertvolle Fähigkeit und Veranlagung, sich in die Seele des Gegners versetzen zu können, um im Ernste behaupten zu wollen, daß ein „offenes Wort" vor Versailles uns Danzig, Saarbrücken und die Kolonien erhalten hätte . . . .

Erleuchtung.

16] Roman von Henri Barbusse.

Verdeutscht von Max Hochdorf.

Wir betrachten alle Beide diesen winzigen Papierfetzen. Ich habe ihn auf der Rosenbank am Rande des Flußweges gefunden. Das Papierlein ist sorgfältig gefaltet, und ganz vergessen sieht es aus. Von seinem schüchternen Gewicht ist es eine Weile aufgehalten worden, und es hat gewartet. Bedeckt ist es von einigen Linien einer ausgeschriebenen Schrift. Und wir lesen: „Ich weiß nicht, welche Sprache die gläubigen Herzen führen. Ich weiß nichts. Ich bin nur Opfer und Extase. Ich kenne nur die Tränen, die mir in die Augen steigen, da ich die Schönheit betrachte, die Deinem Lächeln eingemischt ist."

Da wir nun das gelesen haben, lesen wir es wieder. Von einem Geheimnisvollen und Weiten sind wir rings umströmt. Wir betasten dieses Papierstücklein, das vom Zufall aufgelesen worden ist. Wir wissen nicht einmal recht, was es bedeutet. Wir begreifen nicht einmal recht, was es besagen möchte.

•

Da ich sie bitte, mit mir heute, am Sonntag, auf den Kirchhof zu gehen, willigt sie ein. Sie willigt in alles ein, worum ich sie bitte. Auf den Gartenwegen kommt sie heran, und sie streift die Rosenzweige. Schweigsam wandern wir dahin. Mehr und mehr verlieren wir die Gewohnheit, uns mit Worten anzureden. Wir betrachten das umgitterte und umblühte Steinviereck, in dem unsere Tante schläft, wir betrachten diesen Garten, der nur von dem Ausmaß einer toten Frau ist. Wir gehen heimwärts quer durch die Felder. Die Sonne steht schon niedrig. Wir halten uns bei den Händen, und wir sind von einer triumphierenden Freude ergriffen.

Sie trägt ein schwarzes Leinenkleid. Der Rock, die Aermel und der Kragen sind wollig angekräuselt. Manchmal wendet sie mir ihr leuchtendes Antlitz zu, und betrachtet sie mich derart, so bedünkt es mich, daß ihr Gesicht noch heller werde. Sie wandelt ein wenig vornübergelegt an meiner Seite. Der Widerschein der grünen Triften fällt auf ihre Stirn und ihre Wangen. Ueber die Anmut der Gräser und der Blumen wandelt sie gleich einer Riesin fort. Ein Schmetterling fliegt unserem Wege vorauf. Vor unseren Augen läßt er sich nieder. Als wir näher kommen, fliegt er wieder davon, und er läßt sich ein Stücklein weiter nieder. Dann flattert er wieder auf unserem Wege empor, und wir lächeln diesem Schmetterling zu, der uns mit seinen Gedanken beschenkt.

Wir sind umgoldet von der Sonne, die schon schräg fällt. Wir geleiten uns an den Händen bis zu dem Bildwerk einer Blumengottheit, das ein großer Herr der Vergangenheit einstmals am Rande des Waldes aufgestellt hat. Aus dem unbeweglichen Grunde der weithinwogenden Hügel reckt sich die Gestalt der Göttin. Sie steht halb nackt in dem schönen, reifen Lichte. Ihre helle Hüfte ist umschleiert von einem Steinschleier, der weißer ist, als ein Linnentuch. Und vor dem alten, moosbewachsenen Denkmal reiße ich Marien verzweifelt an mein Herz. Dann lege ich in der Einsamkeit dieses geweihten Waldes meine Hand auf sie. Ich knöpfe ihr schwarzes Kleid auf, ich ziehe die Schulterbänder ihres Hemdes herab. Damit sie der Göttin gleiche, entblöße ich ihre üppigen, geschwellten und aufrechten Brüste.

Sie sitzt mit geneigtem Haupte und läßt sich anbeten. Ihr Blick ist prächtig verwirrt. Von Glut und Sonne ist sie rot übergossen.

Ich lege meine Lippen auf ihre Lippen. Hatte ich sie bis heute geküßt, so hatte ihr Mund meinen Kuß nur geduldet. Diesmal erwidert sie meinen grabenden Kuß, und sogar ihre Augen verschließen sich vor dieser Liebkosung. So bleibt sie; sie kreuzt die Hände über der leuchtenden Brust; halb erschlossen ist ihr Mund; feucht und rot. So bleibt sie, losgelöst von mir und doch noch verbündet mit mir, blutend in Lebendigkeit, und auf ihren Lippen prangt ihr Herz.

Sie hat die Brust wieder zugedeckt. In kürzeren Stößen weht der Wind. Die Bäume am Weidenweg schütteln sich und sie schütten ihre Blüten in den Raum, die wie kleine Vöglein davonflattern. Und in einem hellgrünen Winkelchen, dorten weiter, tanzt trocknende Wäsche im Sonnenschein. Dann erhebt sich der Wind und er wird schärfer. Grad heute weht er so beträchtlich. Das Wehen strömt in unsere Körper, die auf dem Bergesabhang hingestreckt liegen. Der Wind weht aus der Weltunendlichkeit. Das Laub des Waldes, das schon angegilbt ist, rauscht auf. Es bewegt sich wogend hinter dem Gegitter der schwarzen Baumstämme.

Der Himmel, der jetzt grau verschleiert wird, wächst höher und höher herauf. Ein Schwindel faßt uns. Vögel fliegen von einer Wolke zur anderen. Es ist, als wenn ein Stein geschleudert würde. Wir steigen zum Talgrunde hinab. Noch bleiben wir eng mit der Hügelsenkung verbunden. Dem tiefen Eratmen des Himmelsgewölbes sind wir preisgegeben. Wir werden vorwärts gestoßen. Und wir klemmen uns eines an das andere.

So werden wir von den Windwehen durch und durch getroffen und betäubt von diesem Weltenraumzusammenklang, der durch unsere Ohren saust. Wir flüchten zum Flußufer hinab. Das Wasser rieselt zwischen den Bäumen. Die Laubkronen rauschen zusammen. Durch einen weichen und feuchten Weg wandeln wir unter der Wölbung der Baumzweige. Wir wandeln unter diesem dunkelgrünen Blätterdome, der kristallen überdacht wird. Wir entdecken eine flache Fischerbarke und ich helfe Marien in dieses Schifflein, das unter dem Gewicht des einsteigenden Mädchens seufzend wiegt. Die alten Ruder durchschneiden die Wellen, wir schwimmen den Strom hinab. Unsere Herzen und unsere Augen sind begabt mit Schöpferkraft, und es bedünkt uns, daß die Ufer zu beiden Seiten zurückweichen. Die Reihen der Bäume und Gebüsche verschwinden. Wir, wir nur bleiben. Aber das Schifflein bleibt auf einer seichten Stelle mitten in dem Unkraut stehen. Maria hat sich hingestreckt und sie spricht kein Wort. Auf den Knien rutsche ich zu ihr. Das Boot zittert, es zittert wie ich selber. Das Gesicht des Mädchens lockt mich in Stille. Sie ruft mich aus ihrem Wesen ganz und gar, aus ihrem hingebrochenen Körper, aus ihrem verlassenen und verworrenen Körper. Unter dem leichten Gewebe ihres Kleides lebt das alles Mariens Leben mit. Sie ruft mich aus ihren gespannten Brüsten, sie ruft mich aus der Tiefe ihres Leibes, der erschlossen werden möchte.

Ich habe sie besessen. Gelehrig und erhaben hat sie nachgegeben, sie hat meine heftige durchdringende Liebkosung geduldet. Jetzt gehört sie mir, sie gehört mir für immer! Auf ewig! Von nun ab kann geschehen, was mag, die Zeit darf verstreichen, Winter darf auf Sommer folgen. Sie gehört mir, mein Leben ist bekrönt und besegnet. Mit Stolz denke ich an die großen und berühmten Verliebten, denen wir gleich geworden sind. Ich erfahre, daß es keine besondere Gesetzeskraft vor der Kraft der Liebe gibt. Und unter dem vergänglichen Flügel des Blätterlaubes, und überwölbt vom ewig verwandelten Himmelsgewölbe, und gestützt auf die Erde, sagen wir wieder und wieder: „Auf ewig!" Wir sagen wieder und wieder: „Niemals." Und wir rufen die Ewigkeit an.

(Fortsetzung folgt.)

Nationalversammlung zu Weimar

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Es wird die vom Ausschuß beantragte Entschließung angenommen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in dem beschlossenen Sinne neu regelt. Die Anträge der Unabhängigen, wonach Ehefrauen an der Ausübung eines Amtes nicht wegen ihrer Verheiratung behindert werden dürfen, und wonach ein Reichsgesundheitsministeriums auf Grundlage der Vergesellschaftung des Heilwesens errichtet werden soll, werden abgelehnt.

Artikel 120 bestimmt: „Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Fürsorgemaßregeln im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden." — Ein sozialdemokratischer **Antrag** Frau **Kaehler** und Genossen will einen Zusatz zugefügt wissen, wonach die Leitung von Fürsorgeanstalten nur erzieherisch gebildeten Personen übertragen werden darf. — Ein **Antrag Agnes** und Genossen (U. Soz.) verlangt einen Zusatz: Wegen politischer oder religiöser Ueberzeugung und Betätigung der Erziehungsberechtigten oder des Jugendlichen darf eine Fürsorgemaßregel nicht angeordnet werden; weiter verlangt er, daß „Staat und Gemeinden" (also nicht „Länder") die zum Schutz der Jugend erforderlichen „Einrichtungen" (also nicht „Maßnahmen") zu treffen haben.

Abg. Frau **Kaehler** (Soz.): Unser Antrag ist notwendig, um ungeeignete Elemente aus der Jugenderziehung fernzuhalten. Wir stimmen auch dem Antrag Agnes zu, weil die Verhängung der Zwangserziehung vielfach mißbraucht worden ist. Im übrigen stehen wir auf dem Standpunkt, daß konfessionelle Erziehungsanstalten zu verschwinden haben, weil sie ihren Zweck überhaupt nicht erfüllen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe und Widerspruch im Zentrum.)

Staatskommissar **Dr. Preuß**:

Die Abänderungsanträge sprechen entweder, wie der Satz, daß **wegen religiöser oder politischer Ueberzeugung niemand gemaßregelt** werden darf, Selbstverständlichkeiten aus, oder sie wollen, wie der Antrag über die Vorbildung der Leiter von Erziehungsanstalten, in irgendeinem Spezialpunkt allgemeine Kautelen aussprechen. Ich bitte, sie abzulehnen.

Abg. **Katzenstein** (Soz.): Wenn es sich um Dinge handelt, auf die Sie (nach rechts) besonderen Wert legen, ich erinnere nur an die Bestimmungen über die Schule, dann tragen Sie kein Bedenken, die eingehendsten Spezialbestimmungen in die Verfassung hineinzuschreiben. (Sehr gut! bei den Soziald.) Wir denken nicht daran, die konfessionellen Fürsorgeanstalten verbieten zu wollen. (Zuruf im Zentrum.) Aber die Begründung durch Frau Kaehler hat lediglich unseren grundsätzlichen Standpunkt dargelegt.

Abg. Frau **Kaehler** (Soz.): Wir müssen Menschen, nicht bloß Staatsbürger erziehen.

Artikel 120 wird mit der Abänderung nach dem Antrage Agnes angenommen.

Alle weiteren Anträge werden abgelehnt.

Art. 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln; nur Versammlungen unter freiem Himmel können nach einem zu erwartenden Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht werden.

Ein **Antrag Frau Agnes und Gen.** (U. Soz.) beantragt, den letzten Satz zu streichen.

Abg. **Raute** (U. Soz.): Das neue Deutschland sollte eine Einschränkung des Versammlungsrechts nicht mehr kennen. Zur vollen politischen Freiheit gehört auch ein unbeschränktes Versammlungsrecht.

Reichskommissar **Dr. Preuß**:

In den Grundrechten der Regierung fand sich eine solche Detailbestimmung nicht. Man solle aber bedenken, wie alle Befugnisse, so können auch politische Rechte mißbraucht werden.

Eine Gefahr für die politische Freiheit entsteht nicht,

wenn diese Beschränkung des Versammlungsrechts angenommen würde.

Die Fassung des Ausschusses wird angenommen.

Art. 127 regelt die Anstellung der Beamten, die im allgemeinen auf Lebenszeit erfolgt. Für Ruhegehalt ist gesetzliche Regelung vorbehalten. Die wohlerworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich, für ihre vermögensrechtlichen Ansprüche steht der Rechtsweg offen, nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen können sie entlassen oder versetzt werden. Gegen Disziplinarerkenntnisse sind Beschwerden möglich; der Beamte muß Gelegenheit erhalten, seine Personalausweise einzusehen. Die gleichen Bestimmungen gelten auch für die Berufssoldaten.

Art. 128 bestimmt, daß die Beamten Diener der Gesamtheit — nicht einer Partei seien, und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet wird.

Dazu liegt ein Antrag Frau Juchacz (Soz.) vor: „alle Ausnahmebestimmungen" gegen weibliche Beamte werden beseitigt" und ein Antrag Steinkopf (Soz.), daß die Beamten Einsicht in ihre Personalnachweise erhalten.

Endlich wird vom Abg. **Auer** (Soz.) ein Artikel 128a beantragt:

„Für Verfehlungen, die von einem Beamten in Ausführung seiner Amtstätigkeit begangen werden, haftet die Behörde oder Körperschaft, in deren Auftrage er tätig war. Die Beamten haften für vorsätzliches oder grobfahrlässiges Verschulden. Der ordentliche Rechtsweg darf nicht ausgeschlossen werden."

Abg. **Steinkopf** (Soz.):

Grundsätzlich wollen wir die Rechte der Beamten soweit als möglich feststellen. Nur bei restloser Offenlegung der Akten kann der Bevmte zu den Berichten über ihn Stellung nehmen. Vorgesetzte, die aus Rachsucht tendenziöse Berichte erstatten, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Helfen Sie mir den

Schandfleck der geheimen Personalakten

restlos zu beseitigen.

Reichskommissar **Dr. Preuß**:

Das Beamtenrecht ist in die Verfassung aufgenommen worden, weil damals abenteuerliche Gerüchte umgingen, daß die Berufsbeamtenschaft beseitigt und alle Beamten auf Kündigung angestellt werden sollten. Alle Einzelbestimmungen gehören aber in das Beamtenrecht hinein. Deshalb erscheinen mir weitere Anträge zu den einzelnen Bestimmungen entbehrlich. Die Frage der Personalakten kann nicht ohne eingehende Erörterung durch einen solchen Antrag entschieden werden.

Vizepräsident Haußmann bittet die Redner, sich kurz zu fassen, da in den nächsten Tagen über eine große Beamtenpetition verhandelt werden würde.

Abg. Dr. **Mosk** (D. Vp.): Bedenken habe ich gegen die Bestimmung über die Entlassung der Beamten unter gewissen Voraussetzungen, denn die lebenslängliche Anstellung gehört zu den wohlerworbenen Rechten der Beamten.

Abg. Dr. **Cohn** (U. Soz.) begründet einen Antrag seiner Partei auf Beamtenwahl. Diese Forderung erheben wir auf Grund des Erfurter Programms.

Abg. Frau **Pfuelf** (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Beseitigung der Ausnahmebestimmungen für weibliche Beamte.

Abg. Steinkopff (Soz.) begründet seinen Antrag auf Berechtigung der Beamten zur Einsichtnahme in die Personalakten.

Außer anderen mehr formalen Aenderungen wird der Antrag **Juchacz**, die Ausnahmebestimmungen für weibliche Beamten zu beseitigen, angenommen, desgleichen die Bestimmung, daß den Beamten die Einsicht in ihre Personalnachweise zu gewähren ist.

Artikel 128a wird in der Fassung des Antrages Burlage angenommen.

Eine Entschließung des Ausschusses, die Rechte der Reichstagsbeamten gesetzlich zu regeln, wird angenommen.

Um ½2 Uhr wird die Sitzung auf ¼4 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

Um 4¾ Uhr wird die Sitzung vom Vizepräsidenten Haußmann wieder eröffnet.

Schriftführer Abg. Pfeiffer (Z.) verliest im Urtext ein Telegramm des Präsidenten der Deputiertenkammer der argentinischen Republik und fügt dann die deutsche Uebersetzung hinzu. In dem Telegramm spricht die argentinische Deputiertenkammer der Nationalversammlung einstimmig ihre Freude aus über die Unterzeichnung des Friedens von Versailles, auf den die Welt gewartet habe und mit dem die Nationalversammlung den Forderungen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit Rechnung getragen habe. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Haußmann** dankt für die Gesinnungen, die in dem Telegramm für unser Land zum Ausdruck gebracht werden, und bemerkt, der Präsident werde das weitere veranlassen.

Hierauf wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt, und zwar mit dem dritten Abschnitt der Grundrechte: Religion und Religionsgesellschaften.

Abg. Dr. **Mausbach** (Z.) berichtet eingehend über die Beratungen des Ausschusses. Die Behandlung des an sich so schwierigen und dornenvollen Gegenstandes im Ausschusse ist ohne schärferen Kampf verlaufen, wenn auch die Gegensätze der Weltanschauung deutlich zum Ausdruck kamen. — Nach Besprechung der wichtigeren materiellen Bestimmungen über Freiheit der Religionsübung, kirchliche Verwaltung, Besteuerungsrecht, Kirchenvermögen, Heeresseelsorge usw. spricht der Redner die Hoffnung aus, daß die im Ausschuß friedlich und erfolgreich beendete Arbeit ihre Anerkennung und Besiegelung durch die Nationalversammlung finden werde. (Bravo!)

Auf Antrag des Abg. **Koch** (Dem.) wird die Beratung über den ganzen Abschnitt, Art. 132—138, zusammengefaßt.

Der Abschnitt behandelt die Glaubensfreiheit (132), die Freiheit der Religionsübung (133), die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (134), die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (135), den Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe (136), die Erfüllung der religiösen Pflichten durch die Angehörigen der Wehrmacht (137) und die Zwanglosigkeit bei der Vornahme religiöser Handlungen (138).

Zu dem Art. 134 beantragen die Unabhängigen die staatsrechtliche und vermögensrechtliche Trennung von Staat und Kirche.

Zu dem gleichen Artikel beantragen die Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden.

Abg. Dr. **Kahl** (D. Vp.) begründet den Antrag seiner Partei, daß nicht nur die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstitel beruhenden, sondern auch die auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden.

Abg. Dr. **Quarck** (Soz.)

gibt eine kurze Begründung des sozialdemokratischen Antrages zu Art. 134. Er bedauert, daß es den Sozialdemokraten infolge der Gegnerschaft sämtlicher bürgerlichen Parteien nicht gelungen ist, die

staatliche Glaubensherrschaft durch eine innerliche Glaubensgemeinschaft abzulösen.

Wir bedauern das Steckenbleiben der Trennungsarbeit. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Naumann** (Dem.): Die evangelischen Kirchen haben die individuelle Entwicklung der Menschheit gefördert und hier die größten weltgeschichtlichen Erfolge gehabt, aber die Organisationen haben sie vernachlässigt, so daß eine gewisse Stagnation eintrat. Das holt die Verfassung zugunsten eines neuen innerkirchlichen und religiösen Parlamentarismus nach. Die Staatsleistungen für die Kirche, soweit sie auf Rechtsansprüchen der Beamten und dergleichen beruhen, werden zunächst weiterbestehen, aber die Bezahlung der kirchlichen Oberbeamten durch den Staat muß aufhören.

Abg. **Kunert** (U. Soz.): Wir verlangen, daß die Trennung von Kirche und Staat restlos durchgeführt wird, die Religion der Zukunft ist die Arbeit. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. **Dueringer** (Dnat. Vp.) bemerkt, daß seine Partei für die Freiheit der religiösen Eidesform nur unter dem Vorbehalte stimmen könne, daß bis zur dritten Lesung aus praktischen Gründen des Gerichtsverfahrens eine Uebergangsbestimmung gefunden werde.

In der Abstimmung wird auf Antrag Kahl im Art. 132 nur die Glaubens- und Gewissensfreiheit festgestellt, die Gedankenfreiheit aber herausgelassen.

Der Antrag der Unabhängigen auf vollständige Trennung von Staat und Kirche wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Frage der Religionsgesellschaften wird dahin entschieden, daß die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben, soweit sie solche bisher waren, und daß gemäß dem Antrag Koch (Dem.), Naumann (Dem.) anderen Religionsgesellschaften gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten.

Der Antrag der Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgemeinschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden dürfen, wird abgelehnt.

Dagegen wird mit geringer Mehrheit der Antrag der Deutschnationalen angenommen, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben. Im übrigen werden die einzelnen Bestimmungen dieses Abschnitts unter Ablehnung aller anderen Anträge gemäß den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Gegen ½8 Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 2½ Uhr. Außerdem Anträge und Interpellationen über den Landarbeiterstreik.

Groß-Berlin

Die Altpensionäre der Straßenbahn.

Nachdem der Verkehrsstreik beendet, ist es angebracht, die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Unzulänglichkeit der Pensionen der alten Angestellten der Straßenbahn zu lenken. Es ist unerhört, mit welch kargen Beträgen sich die Altpensionäre durchschlagen müssen. Schon im vorigen Jahre im Mai brachte der „Vorwärts" eine dementsprechende Notiz, aber geholfen hat es nichts, es ist alles beim alten geblieben. Nach der Revolution erhielten die Pensionäre eine **einmalige** Zuwendung in Höhe von sage und schreibe **fünfzig** Mark. Dabei bezieht z. B. ein alter Beamter, der über 30 Jahre Dienst auf dem Wagen getan hat, monatlich die riesige Summe von 47,50 Mark. Reichte dieser Betrag schon im Frieden nicht dazu hin, den Mann und seine Frau zu ernähren, so ist es in heutiger Zeit überhaupt unmöglich, auch nur die auf Karten erhältlichen Lebensmittel dafür zu kaufen, ganz zu schweigen von Miete, Licht, Bekleidung usw. Wenn da die alten Leute nicht bei Kindern wohnen, die sie mit ernähren, müßten sie glatt verhungern.

Nachdem nun die Bahn in das Eigentum Groß-Berlins übergegangen ist, wird hoffentlich auch etwas für die Altpensionäre geschehen. Diese ehemaligen Straßenbahner können ja nicht mehr zu der jetzt so beliebten Waffe des Streiks greifen, um ihre gewiß berechtigten Forderungen durchzusetzen und bei den Lohnbewegungen sind sie offenbar vergessen worden. Nachdem alle Staatsbehörden, Gemeinden usw. ihrer Altpensionäre gedacht haben, sollte man auch einmal an die alten ehemaligen Straßenbahner denken. Kann denn in dem Falle die Aufsichtsbehörde nicht auch mit einer Verfügung eingreifen, wie bei der Herbeiführung des Streikendes?

Die Verstadtlichung der Charlottenburger Wasserwerke.

Der Ausschuß der Preußischen Landesversammlung hat die Regierungsvorlage in zweiter Lesung angenommen. Demokraten, Rechte und Zentrum forderten, daß für die enteigneten Aktionäre der Rechtsweg offenbleiben müsse. Nur die Schöpfgerechtigkeiten wollte das Zentrum lediglich nach dem Erwerbspreis entschädigt wissen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Unter diesen Bedingungen erklärten Demokraten und Rechte, an der Offenhaltung des Rechtsweges kein Interesse mehr zu haben.

•

Zur Aktionärversammlung der Großen Berliner. Es ist nichts Ungewöhnliches, daß Aktionäre einen Rechtsanwalt mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen und so wäre auch nichts darüber zu sagen, daß Justizrat Dr. Werthauer es war, der sich bemühte, für die Aktionäre 150 statt 137½ Proz. Kaufpreis herauszuschlagen. Aber Dr. Werthauer ist ein eifriger Mitarbeiter der „Freiheit" und anderer Blätter, die unablässig der jetzigen Regierung, die ihre Leute verlassen haben, Kapitaldienerei und Reaktion nachsagen; irren wir nicht, so hat Herr Dr. Werthauer sich auch selbst schon diese Angriffe zu eigen gemacht. Sollte man nun nach seinem Auftreten in der Aktionärversammlung von einem Rechts-, U.S.P.- und Kapitalanwalt in einer Person zu sprechen haben? — Der Kaufvertrag wurde mit 125 901 gegen 9288 Stimmen angenommen. Der neue Aufsichtsrat besteht aus den Gemeindefunktionären Landräten v. Achenbach und v. Bredow, Stadtrat Alberti, Gen. Dr. Borchardt (Charlottenburg), Cassel, Deutsch, Professor Giese, Gen. Heimann, Stadtrat Katz (Schöneberg), Kopetzky, Baurat Krause, Stadtv. Leid, Stadtrat Löhning, Dr. Mann (Neukölln), Mosse, Peters (Wilmersdorf), Oberbürgerm. Dr. Scholz (Charlottenburg), Oberbgm. Wermuth und Oberbgm. Ziethen (Lichtenberg). Zum Vorsitzenden wurde Wermuth, zum Stellvertreter Professor Giese gewählt.

Vollversammlung

der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin S. P. D. und D. P. morgen Sonnabend, 11 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. Dr. Striemer über Zwangs-Syndikate, Trusts und Gemeinwirtschaft. 2. Arbeiterrats-Angelegenheiten.

J. A.: Haase.

Die linksradikalen kommunalen Arbeiterräte hielten Donnerstag eine Versammlung ab, die u. a. vom Zentralrat Schritte zur Freilassung des verhafteten Niederbarnimer Arbeiterrats Grosche verlangte. Der Kommunist Günther erklärte, das Geschwätz der Hilferding, Haase, Kautsky sei ebenso Volksbetrug gewesen wie das von Ebert und Scheidemann. Die Unabhängigen hätten in den ersten Wochen und Monaten Verrat an der Revolution geübt. Der Unabhängige Schlüter erwiderte, es sollten von der K. P. D. weniger Agitationsreden gehalten und mehr positive Arbeit geleistet werden. Ein Arbeiter könne nicht sofort die genügenden Kenntnisse besitzen, um richtig einen Magistrat zu überwachen, und daß man sich zunächst auf diese Tätigkeit vorbereiten müsse. Kramer vom Zentralrat betonte, von Absetzung und Auflösung der kommunalen Arbeiterräte könne keine Rede sein, wenn sie vorschriftsmäßig gewählt sind. Die kommunalen Arbeiterräte müßten an ihren Aufgaben festhalten. Der Kommunist Maibauer meinte, zwischen S. P. D. und U. S. P. besteht fast kein Unterschied. Darauf gab es Lärm, der noch öfter ausbrach, da man sich nicht mehr zur Beschimpfung der S. P. D. vereinigen konnte, weil das Objekt dieses Vergnügen satthekommen hat. Pfeifer führte im Schlußwort aus, daß wir nicht hierhergekommen sind, um einen politischen Diskutierklub zu eröffnen, und wendet sich ebenfalls gegen die Kommunisten. Die Vornahme der Neuwahlen der kommunalen Räte sei technisch unmöglich.

Ueber die Fahrkartenautomaten sind berechtigte Beschwerden laut geworden. Um diese Beschwerden abzustellen, hat die Eisenbahnverwaltung die Automatengesellschaft veranlaßt, ihr Aufsichtspersonal erheblich zu verstärken, so daß Störungen nach kurzer Zeit beseitigt werden können. Es hat sich gezeigt, daß die mangelhafte Beschaffenheit des Ersatzkleingeldes vielfach den Anlaß zu solchen Störungen gab. In anderen Fällen haben aber auch falsche Geldstücke die Störungen verursacht.

Das Berliner Gewerkschaftskartell hat den Arbeitervertretern in der Landesversicherungsanstalt einen Tadel ausgesprochen, weil sie es unterlassen haben, sich über die Zustände in der Heilstätte zu unterrichten, wodurch die militärische Besetzung hätte vermieden werden können.

Das Problem des Moslem. Man schickt uns Inhalt und Umhüllung einer Moslem-Zigarette, Firma Problem, Aufdruck 10 Pf., Entstehungspreis in einem reellen Geschäft 25 Pf. Der gewuchlose Inhalt sieht zwar wie Tabak aus, besteht aber nach Angabe des Einsenders zur Hälfte aus Buchenlaub. Wir wissen nicht, wie wir das Problem des Moslem lösen sollen, wenn alle Behörden bisher nicht imstande waren, Abhilfe zu schaffen.

Zwei Goldbarren im Werte von über 300 000 M., die als „sicherste Kapitalanlage" viermal höher als zum amtlichen Höchstpreis angeboten wurden, hat das Landespolizeiamt beschlagnahmt. Das Rohgold war vom Ausland eingeschmuggelt worden und durch eine Reihe von Händen gegangen. Beamte des Landespolizeiamtes kamen hinter das „Geschäft", beschlagnahmten die beiden 35 Pfund schweren Barren und verhafteten mehrere beteiligte Schieber.

Zwei Geldschrankeinbrecher wurden von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Sie gehörten zu der Bande, die in der Nacht zum 12. d. M. in die Treibriemenfabrik von Rüger u. Mallon, Chausseestr. 22, eingedrungen waren bei der „Arbeit" jedoch überrascht und gestellt wurden. In der Eile hatten sie ihr Sauerstoffgebläse zum Schmelzen des Geldspindes zurückgelassen. Das Gebläse war bei dem Gastwirt Franz Gollus in der Schwartzkopffstraße fertig gemacht worden. Er und der Schlosser Albert Riegel aus der Tieckstraße wurden festgenommen.

Eine Wolldecke im Hohenneuendorf-Oranienburger Staatsforst vergessen, gegen Belohnung zurückerbeten an Otto Jahn, N. 58, Dunkerstr. 79.

Neukölln. Kleingartenbau. Zurzeit sind 565 818 Quadratmeter städtisches Laubenland gegen niedrigen Pachtzins als Schrebergärten an 2350 Pächter dergestalt unterverteilt, daß auf jeden durchschnittlich 240 Quadratmeter entfallen. Weitere 177 705 Quadratmeter Brachland werden größtenteils als Kartoffelland wirtschaftlich benutzt. (452 Pächter mit rund 28 Quadratruten.) Durch Gewährung eines sehr beträchtlichen Zuschusses der Stadt kann der Pachtzins so gehalten werden, daß auch Minderbemittelte dieser Wohlfahrtseinrichtung teilhaftig werden. Einem Generalpächter, der ebenso wie seine Unterpächter gehalten ist, über die von der Stadt genehmigten Höchstpachtpreise nicht hinauszugehen, sind durch Sondervertrag 188 880 Quadratmeter überlassen. Zur Bearbeitung dieser Pachtangelegenheiten ist eine besondere Dienststelle im Rathause, 2 Treppen, Zimmer 526, eingerichtet.

Nowawes. Gemeindevertretung. Der Syndikus ersucht die einzelnen Fraktionen, Vorschläge für Beisitzer des Mieteinigungs-

amtes zu machen. Gemeindesekretär und Gemeindevertreter Genosse Osmer ist zum zweiten Bürgermeister der Stadt Herford (Westf.) gewählt. Ein Schreiben der Regierung in Potsdam fordert die Rückgängigmachung des „dem Gesetz widersprechenden“ Beschlusses auf Streichung der Mittel für den katholischen Religionsunterricht im Etat, da sonst Zwangsetatisierung eintreten würde. U. S. P. und S. P. D. beharren auf dem Beschluß. Da die Grenze für Groß-Berlin bis 15 Kilometer festgesetzt ist, käme Nowawes nicht in Betracht, dagegen will Berlin Wannsee, jedenfalls aus finanztechnischen Gründen, einbeziehen. Wir müßten uns mit Wannsee, Nikolassee, Klein-Glienicke und Drewitz zu einer Land- oder Stadtgemeinde zusammenschließen. Der Bürgermeister von Wannsee ladet zu einer Kommissionssitzung ein. Betreffend Entschuldungsbeihilfen an Beamte usw. will ein Antrag der Finanzkommission bis zum Gehalt von 6500 M. einschl. 1200 M. Teuerungszulage 600 M. gewähren, während die U. S. P. sämtliche Teuerungszulagen angerechnet wissen will, damit vor allem den Schlechtbezahltesten die Zulage zugute kommt. Osmer (Soz.) will die Härten mehr ausgeglichen wissen, auch den schon lange in der Gemeinde Tätigen die Zulagen zukommen lassen und ist darum für Anrechnung von nur 1200 M. Teuerungszulage. Der Antrag der Kommission wird mit 22 gegen 13 Stimmen (U. S. P.) angenommen. — Der Bereitstellung von Mitteln für die drei Lehrer- und zwei Lehrerinnenstellen vom 1. Oktober 1919 ab, sowie für Errichtung von vier hauptamtlichen Lehrerstellen an der gewerbl. Fortbildungsschule wird zugestimmt, ebenfalls der Erhöhung der Feuerwehrbezüge.

Niederschönhausen. Der **Brosesche Park** in der Kaiser-Wilhelmstraße soll verkauft werden, nachdem der Besitzer verstorben und die Erben kein Interesse an der Unterhaltung des Parkes haben. Seit Jahrzehnten war dieser wundervolle Park für die Außenwelt verschlossen. Der Kaufpreis beträgt für die 2650 Quadratruten große Fläche 263 000 M. An der Gemeindevertretung liegt es nun, für die erholungsbedürftigen Lungen seiner Einwohner diesen Park zu sichern.

Tegel. In der Gemeindevertretung schlug der Gemeindevorstand eine Reihe von Aenderungen zum Gesetzentwurf **Groß-Berlin vor** und zwar: **Radius 20 Kilometer, Bürgerrecht nach dreimonatigem Wohnsitz** (Vorlage 6), **270 Stadtverordnete** (186), **einer auf je 12000 Einwohner** (18000), **Streichung der ministeriellen Genehmigung für Wahlkreis- und Mandatzahländerungen, dreijährige Mandatsdauer** (5), **40 Magistratsmitglieder** (30), **Vertretung der Distrikte im Magistrat, dreijährige Amtsdauer der unbesoldeten Magistratsmitglieder** (5), **nur erstmalige ministerielle Genehmigung der Wahlordnung durch den Minister, dann durch die Stadtverordnetenvorsteher. Distriktsversammlung besteht aus dreimal soviel Bürgern als Stadtverordneten** (zweimal), **Wahl aller Distriktamtsmitglieder** (teilweise Ernennung). Endlich wird vorgeschlagen: **„Ausführung der Beschlüsse der Distriktsversammlung und der Distriktsämter kann der Magistrat nur mit Zustimmung der Stadtverordneten verhindern. Die Einberufung des Distriktsamtes soll nicht durch den Vorsitzenden, sondern auf Verlangen dreier Mitglieder erfolgen.“** Herr Stritte schilderte in den schwärzesten Farben die Nachteile der Ueberstimmung der Vororte durch Berlin, hauptsächlich Erschwerung der ganzen Verwaltungsgeschäfte; von einer Selbstverwaltung sei überhaupt nicht mehr zu reden, der Bureaukratismus werde herrschen. — Von den Bürgerlichen wandte sich Herr Westphal gegen den Regierungsentwurf, den er als absolutistisch bezeichnete und gegen die starre Zentralisation. Schöffe Genosse Meier (S. P.) trat für die Regierungsvorlage und für die vorgeschlagenen Aenderungen ein. Für die U. S. P. führte Schöffe Schönfeld aus, daß alle Vorschläge für sie nicht maßgebend seien, daß aber der Regierungsentwurf am meisten der Zentralisation entspreche; sie vermissen darin aber die Einfügung des Rätesystems. Die U. S. P. stimme ebenfalls für den Regierungsentwurf mit den vorgeschlagenen Aenderungen. Ihr Antrag, **die besoldeten Magistratsmitglieder ebenfalls auf drei Jahre zu wählen, wurde angenommen. Der Antrag, die kommunalen Arbeiterräte in dem Entwurf zu verankern, wurde abgelehnt.** Die Mehrheit schloß sich den Ausführungen des Bürgermeisters an, daß dies bei der Neuregelung der Städte- und Landgemeindeordnung in allernächster Zeit zu geschehen habe. — Bei der Gesamtabstimmung wurde der Regierungsvorlage mit den vorgeschlagenen Aenderungen zugestimmt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Ein weiteres halbes Pfund ausl. Weizenmehl nach Voranmeldung vom 19. bis 22. Juli (C 9); inländisches ohne Voranmeldung.
Lichterfelde. Vom 21. bis 26. Juli (48 u. 58) 250 Gramm Reis. Außerdem werden für Jugendliche (39 u. 40) 250 Gramm Reis, auf 45 1 Pfund Graupen oder Haferflocken.
Pankow. Anmeldung zur Pferdefleisch-Kundenliste bei Krusch, Bingstraße 37 oder Wandtke, Florastr. 74. Ausgabe der Karten bei der Brotkartenausgabestelle I für A—J Montag 5—6, K—M Montag 6—7, N—S Dienstag 5—6, T—Z Dienstag 6—7. In Gast- und Speisewirtschaften, Privatmittagstischen, Pensionen, Kantinen u. dgl. ist eine Pferdefleischkarte nicht erforderlich. — In dieser Woche ausländisches Gefrier-Schweinefleisch. Gemäß Verordnung des Kreisausschusses Knochenbeilage bis zu 1/5 zuzuwiegen. Auslandsfleisch ist nur gar gekocht zu genießen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Abt. Heute abend 1/2 8 Uhr in der Schulaula, Mittenwalder Straße 37, Abteilungsversammlung. Tagesordnung: Quartalsbericht und Wahlen.
Marienfelde. Mitgliederversammlung heute Freitag, 8 Uhr, Mannk. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Ref.: Genosse Tost. 2. Verschiedenes.

Gerichtszeitung.

Amtsmißbrauch. Zu diesem Bericht der Gerichtskorrespondenz in der Sonnabendnummer schreibt uns der Untersuchungsrichter, daß der Bericht unzutreffenderweise behaupte, der Untersuchungsrichter hätte das „Aktenmaterial“ des Verteidigers durchsuchen lassen wollen, ferner daß er über die Befugnisse des Untersuchungsrichters und die Bedeutung des Berufsgeheimnisses des Verteidigers unklare Vorstellungen erweckt. Die zuständige Strafkammer habe die Beschwerde des Verteidigers über die Durchsuchung zurückgewiesen. Somit sei die Maßnahme unanfechtbar geworden und jeder Kritik entzogen; sie unterliege auch nicht der Prüfung der Dienstaufsichtsbehörden.

Ein maskierter Räuber, der 22 jährige Paul Walter, der den Cafébesitzer Erber in der Nacht zum 24. Juni in seinem Hausflur angefallen hatte, wurde zu **drei Jahren** Gefängnis verurteilt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Sonnabend, 19., abends 7 Uhr, Sommernachtsball im „Stadtpark“, Kaiser-Allee 51/52. Sonntag, 2 Uhr, Katerfahrt nach Pichelswerder (Badewiese). **Ortsgruppe Berlin.** Abteilung I: Nach Burg Ravenstein. Start morgen Sonnabend, abends 10 Uhr, bei Wiemer, Bülowstr. 58. — Abteilung II: Morgen Sonnabend, abends 7 Uhr, Streifzüge durchs Blumenthal. Sonntag, nachmittags 1 Uhr, Kaulsdorf (Hamanns Gesellschaftshaus). Sämtliche Starts Fontanepromenade 18. **Mitgliedschaft Neukölln.** Unser Sport- und Gartenfest findet Sonntag, 20. Juli, im Etablissement Lindengarten, Friedrichstraße 61, statt. Zahlreichen Besuch erwartet der Festausschuß. — **Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin.** Touren zum Sonntag, 20. Juli: Früh 5 Uhr nach Teupitz, Tornows Idyll. Nachmittags 1 Uhr, Neudabendorf, Seeschloß. Start: Marianneplatz. Versammlung jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat bei Malschens, Forsterstraße 9. Gäste willkommen. — **„Freier Wanderbund.“** 19.—20. Juli. Nachtwanderung: Biesenthal-Buckowsee-Biesenthal. Abf. Stett. Fernbhf. 6.35. Fahrgeld 2,40 M. Führer Hurrask. 20. Juli. Biesenthal-Buckowsee-Biesenthal. Abf. Stett. Fernbhf. 5,50. Fahrgeld 2,40 M. Führerin: Ramlow. 25. Juli, abends 7 1/2, Mitgliederversammlung bei Hehse, Bobenstraße 19. Vortrag. Gäste bei allen Veranstaltungen willkommen. — **Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“, neutrale Gruppe.** Sonntag, Wanderung Königswusterhausen, Cummersdorf. Abf. Sonnabend, abends 5,20 Uhr, Görlitzer Vorortbahnhof. — **Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin.** Lehr- und Uebungsstunde haben abends 7 1/2 Uhr, Montag: **Bezirk Tempelhof.** Berliner Straße 92 bei Marten. **Bezirk Osten.** Lichtenberg, Scharnweberstraße 60, bei Piekenhagen. Donnerstag: **Bezirk Westen.** Abt. 3: Schöneberg, Barbarystraße 11, bei Haendel. Abt. 6: Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 45b, Restaurant Thelen.

Jugendveranstaltungen.

Treptow-Baumschulenweg. Heute abend 7 Uhr, im Jugendheim, Eisenstraße 3, 1 Tr., Vortrag und Diskussion: Was unterscheidet uns von der „Freien Jugend“? Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand. — Sonntag, den 20. Juli, Wanderung mit der Abteilung Südost nach Erkner—Werlsee. Kosten zirka 1,50 M.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Beiträge sind mitzubringen.

H. W. 16. 1. Der Stiefvater und die Kinder beerben die Mutter nach den gesetzlichen Bestimmungen. Ersterer erhält 1/4, letztere 3/4 des Nachlasses. Stirbt der Stiefvater zuerst, so beerbt ihn nur seine Ehefrau, die Kinder nicht. Bei einem gemeinschaftlichen Testament können sich die Eheleute gegenseitig als Erben einsetzen und die Kinder als Nacherben. — **W. R. 16.** Zur Beseitigung des Ungeziefers ist der Hauswirt verpflichtet, wenn durch das Eindringen des Ungeziefers in die Wohnung dieselbe den gebrauchsfähigen Zustand nicht mehr hat. Wenn das Ungeziefer nur an der Außenseite der Wand sich zeigt, wird ein Vorgehen gegen den Hauswirt ergebnislos bleiben. — **B. 27.** 1. Beschweren Sie sich nochmals beim Kriegsministerium. 2. Da das Kind ein klagbares Anrecht auf Zahlung von Unterhaltsgeld hat, kann es alle Schritte gegen Sie geltend machen. Der von Ihnen erwähnte Umstand spielt keine Rolle. 3. Wenden Sie sich an die Gesandtschaften der betreffenden Länder. — **Agwas.** Gegen die Bestimmung im § 10 werden Sie u. E. mit Aussicht auf Erfolg nichts unternehmen können, falls es zum gerichtlichen Austrag der Angelegenheit kommen sollte. — **H. B. 26.** Ihre Fragen können wir nicht beantworten. Fragen Sie bei der Leitung der Reichswehr an. — **W. W. 99.** Nein. — **O. F. 44.** 1. Ersatz für Versäumnis wird nicht gewährt. Sie sind aus allgemeinen staatsrechtlichen Gesichtspunkten dazu verpflichtet. 2. Nein. — **K. 35.** Sie durften nicht volle 2 Wochen warten, sondern sofort ins Geschäft gehen. Lohnausfall wird für diese Zeit nicht gewährt. — **G. 10.** Aenderung im Grundbuch nicht erforderlich. Ihr Anteil geht an Ihre Erben über. — **Otto 101.** Schriftliche Erklärung der Firma genügt, wenn diese im Schreiben ausdrücklich erklärt, in Zukunft keine Forderung mehr an Sie zu haben. — **O. R. 17.** Sie haben keinen Anspruch. — **Rudolph 28.** Der Pflichtteil ist die Hälfte des gesetzlichen Erbteils. Ihre Darstellung kann nicht richtig sein, weil 1/2 und 1/3 nicht 2/3 sind. Kommen Sie evtl. in die Sprechstunde. — **L. 51.** Der Vater eines unehelichen Kindes kann niemals Vormund desselben werden. Erscheint das Unterhaltsgeld als vom Gericht zu niedrig bemessen, muß gegen das Urteil Berufung eingelegt werden. Bei Weigerung des Vormundes evtl. Beschwerde an das Vormundschaftsgericht. — **J. H. 76.** 1. Ja. 2. Bezirkskommando. — **Scheidung.** Die von Ihnen vorgetragenen Gründe reichen u. E. zur Scheidung aus. Sie bleiben für die Kinder unterhaltspflichtig. Die Frau hat für den Unterhalt der Kinder einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag: Im Westen zeitweise heiter und etwas wärmer, östlich der Oder überwiegend bewölkt, ziemlich kühl und besonders an der Küste öfter leichte Regenfälle, mäßige westliche Winde.

Am 15. Juli d. J. verstarb Herr Justizrat

Hugo Lattermann,

der Leiter unseres Juristischen Zentralbureaus.

Sein Heimgang bedeutet für uns einen schweren Verlust. Seit dem November 1915 war er unser juristischer Berater. Er war dem Reichsausschuß ein allezeit treubewährter Mitarbeiter von vorbildlicher Pflichttreue und unermüdlicher Arbeitsfreudigkeit. Durch sein umfangreiches Wissen und seine reiche Erfahrung hat er dem Reichsausschuß wertvolle Dienste geleistet. Wir werden dem hochgeschätzten Manne stets ein dankbares, ehrendes Gedenken bewahren. 11/8

Der Vorstand
des Reichsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Die infolge des Verkehrsstreiks vertagte
Mitgliederversammlung
findet am 71/6*
Montag, den 21. Juli 1919, abends 7 Uhr,
im „Deutschen Hof“, Luckauer Straße, statt.
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag in Nürnberg. Ref.: Kollege Fritz Schmidt.
2. Diskussion.
3. Festsetzung des Ortszuschlags.
4. Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer in den Hauptvorstand.
5. Ersatzwahl resp. Bestätigung von Ortsverwaltungsmitgliedern.
6. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne Buch kein Zutritt.
Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Obleute d. Angestellten-Ausschüsse d. Metallindustrie!
Schriftl. Einladung muß heißen 6 1/2 Uhr Plenarsaal d. Herrenh.

Urbin
ist überall erhällich
man braucht
dazu viel Geld nich
Schuhputz „Urbin“ überall zu beziehen!
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494.

Für die Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes **Hamm a. d. Sieg** und **Wissen a. d. Sieg** wird zum sofortigen Antritt ein
Geschäftsführer
gesucht, welcher hauptsächlich in der Agitation bewandert ist. Gehalt nach Uebereinkunft.
Bewerbungen an **Paul Eitelberg, Hamm a. d. Sieg** (Rheinland). 128/6*

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe
Unsern Mitgliedern geben wir hierdurch bekannt, daß der Kollege, Steindrucker
Paul Platen
am Sonntag, den 13. Juli, plötzlich an Herzschwäche verstorben ist. 109/18
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. Juli, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
Die Verwaltung.

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden
Dr. med. Haink.
Leipziger Str. 103.
Ecke Friedrichstraße.
10—1, 3—6. Sonntags 11—1.

Pumpen

für jeden Zweck und Größe, kleinste Handpumpen zum Selbstaufstell. nach kostenlosen Anleitung fachmänn. Rat. Altes Spezialhaus Viele Anerkennung.
Carl Köchlin & Co.,
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 20/22

Zentral-Verband der Glaser
Zahlstelle Berlin.
Montag, den 21. Juli 1919, abends 1/2 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus (Saal 1):
Vierteljahres-Generalversammlung
Tagesordnung: 265/15
Kassenbericht. — Anträge aus Bezirksvers. — Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.
J. A.: Max Purfürst.

Achtung, Metallarbeiter!
Alle der S. P. D. angehörenden Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin, erscheint vollzählig zu der
am Dienstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, in den Germaniasälen, Chausseestraße, großer Saal stattfindenden
Versammlung
Tagesordnung:
Die Zustände in der Metallarbeiterbewegung im Reiche und in Berlin.
Partei- und Verbandsbuch legitimiert.
Der Einberufer.

Erste und älteste Heil-Anstalt Löser, Harn- und Blutuntersuchungen. Elektrische und medizinische Bäder.
Dir.: Löser senior Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Str. 69-70,** Ecke Linienstraße. 9-1, 4-9. Sonnt. 9-1.

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10—1, 5—8. Sonnt. 10—1.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet.

Heil-Institut Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10—12, 5—7, Sonnt. geschlossen.
Harn- und Blutuntersuchungen.

Keine Wanze mehr für **M. 2,—**
nur mit Kammerjäger Bergs Nicodaal I u. II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Doppelpaket M. 2,—. Ausreichend für 1 bis 3 Zimmer und Betten. 66/19
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim.
Bei Eins. von M. 2,40, oder Postscheckkonto Berlin 31 286 portofr. Zus. durch Herm. A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

„Fredy“
Zigarettenvertrieb
Brunnenstr. 17,
Zigarren
Zigaretten
Amt Norden 2343.

Kautabak
aus reinem Tabak.
Zigarren
Zigaretten
jeden Posten an
Restaurateure, Kantinen u. Hotels
abzugeben in den
Zigarren-Geschäften
Friedrichstr. 243 (Hall. Tor)
Alexanderstr. 9 (beim Pol.-Pr.)

25000 Mitarbeiter
(ständige Kinobesucher) sofort gesucht. **Filmschau,** Berlin W 57.

Junge Arbeiterinnen
für Filmfabrik sucht 337/9
Nationalfilm A.-G., Abteil. Kopieranstalt,
C. 19, Seydelstr. 10/11.

Montageleiter
(Kaufmann) 214/9
der mit Kalkulation, Ausführung von dekorativen Ausstattungen Bescheid weiß, sofort verlangt.
Hugo Baruch u. Cie.,
Alte Jakobstr. 133.

Jüngere
Kontoristin,
mit Registratur, Stenographie u. Schreibmaschine vertraut, sucht zum sofortigen Antritt
Franz Schneider,
Flugzeugmaschinenwerke m. b. H., Stadtbureau Berlin, Potsdamer 7, II.

Tüchtige Werkzeugschlosser, Werkzeugdreher u. Lehrenbauer nach **Magdeburg** gesucht. Offerten unter W. 29 a. d. Expedition dies. Zeitung.

Geübte Poliererin
sofort verlangt **Goldwarenfabrik J. Weinstock** G. m. b. H., Berlin, Mohrenstr. 16. 397/9

Nähmaschinen-Schlosser
oder **Mechaniker,** welche nachweislich längere Zeit auf
Knopflochnähmaschinen- und Festonmaschinen-Montage
gearbeitet haben, sucht 337/8
A. Herrmann & Co., Grüner Weg 109.

Dr. Grütering
Spezialarzt.
Invalidenstraße 35
Ecke Chausseestraße am Stettiner Bahnhof.
1/2 11—1, 5—1/2 7, Sonnt. 11—12.

Berliner Lotterie
Ziehung 19. Juli
f. d. Pestalozzi-Fröbelhaus
Gesamt- und Hauptgew. M.
50000
10000
5000
usw.
Lose 3.— Porto u. Liste 30 Pf. mehr.
10 L. m. Porto u. Liste 30 M.
empfeh. u. vers. a. Nachnah.
Emil Haase & Co.,
Berlin 21, Bredowstr. 9
und in unseren Filialen.

Wie ein Wunder
beseitigt
San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe**
jed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. In Originaldosen 4.50, 7.80 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke“
Berlin 218, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Schreibmaschinen
fast aller Systeme
größ. Posten sofort versandf. ei
Schaefer & Clauss
Berlin W 8
Leipziger Str. 19

Linksrheinische Fabrik
m. gr. Dampfkessel, Dampfkoch-Kesseln, Bottichen, Waschmaschinen, Centrifugen, Trockenanlage, gr. Packpresse, 250 PS elektr. Kraft, gr. Lagerräumen und Bahnanschluß sucht Beschäftigung. Dieselbe übern. auch Lagerung verb. m. kommissionsw. Verkauf von Rohstoffen und Fabrikaten jeglicher Art.
Anfragen unt. U. 29 an die Expedition dieses Blattes.

Mandoline, Laute.
Gitarre, Wandermandol. 45.—, erstkl. 85.—, Konzertlaute 135.— 145.— (Unterricht 8.— Monatshonorar, eventl. 10 stdg. Schnellkurse), Künstlervioline mit Zubehör 125.—, Konzertgeige 65.—. **Ernst,** Oranienstraße 166 III.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache, höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Klavier
evtl. Flügel u. Harmonium kauft **Schachtschneider,** Buckower Straße 14, III. (Preisangabe).

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel.: Lützow 3705 u. 8518.

Möbliertes Zimmer,
separater Eingang — Telephon, im Zentrum gesucht. Offerten unter V. 29 an die Exped. d. Bl.

Kupferdrähte, Kabeln, Litzen für Ausfuhrbedarf kauft **Kabelvertrieb,** Joachim-Friedrichstraße 34. 9/19* Pfbg. 4559.

Vornehm ruhiges
Bad
Station: „Bad Sachsa“.
Südharz. Pension 15—20 M. Kostenl. Vermittlg. **Gottschalk, Bad Sachsa.** 267/9*

Alt-Gold
kauft
Sichermann, Pforzheim, Nagoldstr. 18. 40/9*

10 000 Stück transparente Gummi-Sauger (Friedensqualität) Stück f. 1 M. sofort an Wiederverkäufer abzugeb. Offerten an **Wilhelm Hacske,** Leipzig-Sellerh., Geißlerstr. 14

Frische Blaubeeren, 1 M. pro Pfd.
liefert täglich jedes Quantum gegen Voreinsendung des Betrages **Frieda Eichner,** Mallmitz am Bober in Schl.

Damenkleider
Arbeiterinnen
auf elegante Sachen erhalten dauernde Beschäftigung. Meldungen mit Probearbeit und Ausweis.
Fischbein & Mendel.
Lindenstr. 44/47. 406D

Mädchenkleider
Arbeiterinnen
auf elegante Sachen, erhalten dauernde Beschäftigung. Meldungen mit Probearbeit und Ausweis.
Fischbein & Mendel
Lindenstr. 44/47.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Täglich 8 Uhr:
Der heilige Florian.

Deutsches Theater.
7½ Uhr:
Auch ich war ein Jüngling ...
(Schwank).

Kammerspiele.
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Das Weib u. der Hampelmann.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Mia Werber und Hans Wassmann in Die Geisha.

Theater i. d. Königgrätzer Straße
½8 Uhr: Der Häuptling.

Komödienhaus
Gastspiel Lucie Höflich
8: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater
½8 Uhr: Die tolle Komtess.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr. Zum 188. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
Tägl. 8 U. Heute z. 313. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½ Uhr: **Die Schönste von Allen.**

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ U. **Der Bias**

Kleines Theater.
7½ Uhr:
Unterm Baume der Erkenntnis

Komische Oper
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus
7¾ Uhr: **So ein Mädel.**

Metropol-Theater.
7 Uhr 20: **Die Faschingsfee.**

Neues Operettenhaus.
7¾ U.: **Die Dame vom Zirkus.**

Palast-Theater
7½ Uhr: **Weinende Erben.**
Oper. in 3 Akt. v. R. Danziger.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater
7¾ U.: **Junger Sonnenschein**

Th. am Nollendorfplatz
7½ Uhr: **Die Puppe.**

Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So eine Frechheit.
Versicherung gegen Einbruch.
Ein Polterabend.

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Das Gesetz.**

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Die kleine Sklavin.

Rose-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
O schöne Zeit, o selige Zeit
7½ Uhr Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

National-Theater
8 Uhr Stürm. Erfolg 8 Uhr
Familie Hannemann.

Luisen-Theater.
7½: **Wenn Frauen lieben**
Sonntg. 3: einmal. Aufführung
Der Hüttenbesitzer.
Täglich abends 7½:
Wenn Frauen lieben.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7¾ Sonntag 3½ und 7¾
Letzter Gastspiel-Monat
der Gesellschaft
Anton
Herrnfeld
mit der neuesten
Schlager-Burleske
Nur nicht schießen
Vorh. Spezialitäten!
Sonnt. 3½ jd. Erwachs.
1 Kind frei!

Berliner Prater
7/9 Kastanienallee 7/9.
¾8: **Neptuns Bummelfahrt.**
Gr. Operetten-Posse in 3 Akten.
In der Tanz-Diele täglich: **Ball.**
Varieté Anfang 4½ Uhr.

Reichshall.-Theater
Gastspiel d. berühmten Dresdener
Victoria-Säng.
Völlig neues Programm.
1. 8. Wiederauftreten d. Stettiner Sänger.

Lessing-Theater
Sommerspielz.: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Adalbert in:
Die Rutschbahn.

Voigt-Theater
Badstraße 58. 7½ Uhr:
Frühlingsluft.
Vorher:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 3 Uhr, Anfang 5 Uhr.
Jed. Mittw., Sbd., Sonnt.: **Ball.**
Sbd. 19.: **Die Förster-Christl.**

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr:

Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der
Stettiner Sänger
Humor. Spielplan
Sommerpreise!
Blüthgen-Konzert.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

B T L
Potsdamer Str. 38
Fern Andra
in:
Geheimnisvolle Gewalten
Turmstr. 12
Maria Carmi
in
Der Fluch der Sonne.
Friedenau, Rheinstr. 14
Henny Porten
in: Die Schuld.
Alexanderplatz-Passage.
Die Finsternis und ihr Eigentum.

MARMOR HAUS
Direktion
Siegbert Goldschmidt
Kurfürstendamm 236

MAZEPPA
Der Volksheld der Ukraine
6 Akte, verfaßt und inszeniert von
Martin Berger
Hauptdarsteller:
Werner Krauß
Eva Speyer

Außerdem
das Lustspiel:
Die Medaille der Republik
mit
Richard Senius
Heinrich Peer Ida Perry
Regie: L. Bätz.
4 6½ 8¾

Central-Park
am Bhf. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!
Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

Admirals-Palast.
Internation. Ringkämpfe
um den Preis der
Deutschen Republik.
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino.
Wenn Freunde zu Rivalen werden.
Der Weiberfeind.

Das Gesetz.
Soziales Drama von
Paul Baber. 11/9
Allabendlich im Wallner-Theater Anfang ¾8 Uhr.
Von der Presse u. Publikum mit größtem Beifall aufgenommen. Alfr. Kerr schrieb im Tag: Von Oktober bis Juli gab mir kein Werk einen so starken Eindruck wie dieses Schauspiel.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg
Sonntag, den 20. Juli 1919
Gr. Waldfest im Grunewald
Treffpunkt: Nachm. pünktlich 2 Uhr, Reichskanzlerplatz.
Von dort Abmarsch mit Musik zum Festplatz. Im Walde
gr. Kaffeekochen, Kannen und Tassen sind mitzunehmen.
Volksbelustigungen ✿ Kinderspiele ✿ Verlosung

Bei schlechtem Wetter findet das Fest am Sonntag, den 27. Juli, statt. Alle Parteigenossen nebst Angehörigen sind eingeladen. 251/8

U.T UFA

Friedrichstrasse
5. Woche
Die Austernprinzessin
Das grösste deutsche Lustspiel mit
Ossi Oswalda,
Harry Liedtke,
Victor Janson,
Julius Falkenstein
Regie: Ernst Lubitsch
Nollendorfplatz
Das Fest der Rosella
Fantasie aus dem Rokoko mit
Lya Mara
Die verhängnisvolle Ballnacht
Lustspiel mit
Hedy Uri
Regie: Karfiol

Alexanderpl./Weinbergsweg
Die Sünderin
Filmnovelle mit
Erika Glässner
Regie: Leo Lasko
Moritzplatz / Schönhauser
9. Woche
Die Verführten
nach dem Roman von
Hans Hyan
Regie: Carl Froelich
Hauptdarsteller:
Gertrud Welcker
Carl Auen
Else Berna
Pietro Scholz
Max Adalbert
Hasenheide
Henny Porten
im Lustspiel
Auf der Alm ...
Das Laster
Soziales Drama mit
Alfred Abel

Wochentags 6, 8 Uhr / Sonntags 4, 6, 8 Uhr
UT. Friedrichstr. Wochentags 5, Sonntags 3 Uhr

UFA Mozartsaal
Die Madonna mit den Lilien
Schauspiel in 4 Akten
von H. Fredall mit
Friedrich Zelnik
Wochentags .. 6, 8 Uhr
Sonntags .. 4, 6, 8 Uhr

KAMMER-LICHTSPIELE
Das Fest der Rosella
Fantasie aus dem Rokoko von H. Fredall
Hauptrolle: **Lya Mara**
Das Mädel vom Ballett
Lustspiel mit
Ossi Oswalda, Harry Liedtke
Regie: Ernst Lubitsch
Wochentags 6, 8 Uhr Sonntags 4, 6, 8 Uhr
UFA

U.T Kurfürstendamm
Heute Uraufführung
Pola Negri
in der Tragödie
Kreuziget sie!
Männl. Hauptrolle: **Harry Liedtke**
Regie: Georg Jacoby
Vorverkauf 12–1 Uhr an der Tageskasse
Freikarten ungültig. Zur Premiere 6 Uhr sind Presse- und Ehrenkarten ungültig.
Wochentags 6, 8 Uhr. Sonntags 4, 6, 8 Uhr.
UFA

Deutsches Stadion.
Sonnabend, den 19. Juli, nachmittags 6 Uhr
Hindenburg-Fest.
Schau- u. Wett-Turnen — Leichtathletik
Schwimmen — Radfahren.
Loge 5 M. × × Eintritt 2 M.
Vorverkauf: **A. Wertheim**, Leipziger Straße.
S. Adam, Leipziger Str. 27/28.
W. Kohlmey, Ziegelstr. 3. 385D
Erich Esser, Bellealliance-Platz 11a.

Tauentzien-PALAST
Marija Leiko
in
Die Frau im Käfig
von Hanns Kobe
5, 6⁴⁵, 8¹⁵

Obstparzelle! Auskunft Pavillon, Bahnhof Biesdorf.

Vorzügliche Küche
Anton's Weinstuben
Am Untergrundbahnhof Stadtpark
Innsbrucker Straße 42.
Seltene Weine
Künstler-Konzert.

Ferien-Dampfer-Extrafahrten
von der Schillingsbrücke
nach Wernsdorfer Schleuse.
Täglich auch Sonntags Abfahrt vorm. 9 Uhr.
Paul Schwedler, Restaurant zum Oder-Spree-Kanal. 309D*

EMS
Ein Mauer-Schränke
Schützen Ihre Wertsachen während der **REISE** vor **DIEBSTAHL**
Tel. NORDEN 10073-75
Prospekt und Auskunft
PANZER
AKTIEN-GESELLSCHAFT
BERLIN.N.20
BADSTRASSE No 59.

Nur noch bis Sonnabend, 19. Juli, täglich
zahle ich ausnahmsweise hohe Preise für
Alte Gebisse pro Zahn bis **M. 8.00**
(auch für gänzlich zerbrochene alte Teile).
Gewöhnlichen Platin-Zahn M. 0,80 bis 1,50, Platin-Stift-Zahn M. 2,— bis 3,—, Platin-Platten-Zahn M. 4,— bis 8.—.
Für Gold-Platin-Gebisse höchste Tagespreise.
Hotel Grüner Baum, Berlin W **Krausenstr. 56/58**
Zimmer 1. Frau Vogler. 9/18*

Dentozon
antiseptische Mundwasser-Tabletten
zur täglichen Selbstbereitung eines brausenden, aromatischen, antiseptischen Mundwassers. Leicht löslich.

60 Tabletten in nebenstehenden Imitationskarton. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Alleinige Hersteller: **Germosanwerk G.m.b.H. München I**
Generalvertrieb für Provinz Brandenburg
H. C. Bauer, Charlottenburg, Windscheidstr. 34

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise. Teilzahlung. Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Eingaben, Gnadengesuche.
Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz). (9—7) Glänz. Erfolge! Beobachtg. Sonnt. 10–12.

Bekanntmachung.
Ausländisches Weizenmehl.

Gemäß § 5 der Verordnung des Magistrats Berlin über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

1. Auf **Abschnitt C 9 der Einfuhr-Zusatzkarte** der Stadt Berlin entfallen

250 Gramm ausländisches Weizenmehl
oder
250 Gramm inländisches Weizenmehl

nach Wahl des Bezugsberechtigten.

2. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für das auf Abschnitt C 9 auszugebende ausländische Weizenmehl

0,42 M. je ½ Pfund,

für inländisches Weizenmehl (94 prozentiges)

0,16 M. je ½ Pfund.

3. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme ist der Voranmelde-Abschnitt in der Zeit vom **Sonnabend, den 19. bis zum Dienstag, den 22. Juli 1919,** bei den Kleinhändlern abzugeben. Die Kleinhändler haben diese Abschnitte am 23. Juli 1919 bei den Großhändlern abzuliefern. Mit dem Verkauf des ausländischen Weizenmehls wird einige Tage später begonnen werden. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 31. Juli 1919.

4. **Das inländische Weizenmehl** kann gegen Abgabe des **ganzen** Abschnittes C 9 der Einfuhr-Zusatzkarte **ohne Voranmeldung sofort** in den durch entsprechende Plakate kenntlich gemachten Kleinhandelsgeschäften entnommen werden. **Nach dem 31. Juli 1919 wird inländisches Mehl auf Abschnitt C 9 nicht mehr ausgegeben.**

5. Die mit dem Verkaufe des **Inlandsmehls neben dem Auslandsmehl beauftragten Kleinhändler sind verpflichtet,** die für das **inländische Mehl entgegengenommenen Abschnitte C 9 der Einfuhr-Zusatzkarte im Beisein des Publikums mit Blaustift zu durchstreichen.** Die für das inländische Mehl entgegengenommenen Abschnitte C 9 der Einfuhr-Zusatzkarte sind **getrennt von den Mehlabschnitten der Brotkarte am Donnerstag, den 31. Juli 1919, an die Brotkommission abzuführen.** Hinsichtlich der Abgabe der Mehlabschnitte der Brotkarte verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

6. **Die ordnungsmäßige Ausgabe des Mehls in den Kleinhandelsgeschäften wird kontrolliert. Hinsichtlich der Ausgabe des Mehls verbleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 16. Mai 1919. Die Kleinhändler, die das reine ausländische Mehl etwa zurückbehalten, vermischen oder vertauschen, oder aber Restbestände unbefugt verwenden, haben unnachsichtlich die Schließung des Betriebes zu gewärtigen.**

Im übrigen finden, sofern nicht andere Vorschriften schwerere Strafen aussprechen, die Strafbestimmungen des § 10 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 18. Oktober 1916 Anwendung.

Berlin, den 16. Juli 1919.

Magistrat.
Abteilung für Nährmittel.

Tgb. Nr. 4640 Nä.

Die Stadtverordnetenversammlung hat nach bereits erfolgtem Ablauf der Amtszeit des gegenwärtigen Inhabers die Ausschreibung der Stelle des

Oberbürgermeisters

der Stadt Offenbach a. Main zur alsbaldigen Neubesetzung beschlossen.

Die Wahl erfolgt nach den Bestimmungen der hessischen Städteordnung durch die Stadtverordnetenversammlung auf 12 Jahre. — Die Festsetzung des Gehalts muß vor Abhaltung der Wahl erfolgen und soll zunächst der Vereinbarung mit den Bewerbern vorbehalten bleiben. — Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung sind gesetzlich gewährleistet. — Die einschlägigen Bestimmungen der Städteordnung können durch Vereinbarung ergänzt werden.

Juristische Vorbildung ist nicht erforderlich. — Die Bewerber müssen erfolgreiche Tätigkeit in der Staats- oder Gemeindeverwaltung oder in kaufmännischen, industriellen oder ähnlichen Großbetrieben oder volkswirtschaftliche Befähigung und Tüchtigkeit nachweisen.

Meldungen sind bis zum 1. August 1919 an den Oberbürgermeister der Stadt Offenbach a. Main einzureichen.

Offenbach a. M., den 11. Juli 1919. 82/9*

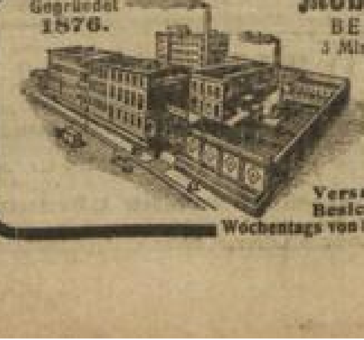
Der Oberbürgermeister:
J. V.: Porth, Bürgermeister.

Ein großer Posten
Leder-Schuhsenkel
billigst zu verkaufen. Günstige Gelegenheit für Schuhfabriken und -Geschäfte, Sattlerwaren, Händler, Gemischtwarengeschäfte, Kantinen usw. Probehundert 80 cm. lang 30,— Mk. gegen Nachnahme von Riemenfabrik
B. Feix, Schwenningen 103 a. N.

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen
Ballschansky, Friedrichstr. 155, Ecke Unter d. Linden gegenüb. d. Viktoria-Café. Zentrum 1080

Dauerwäsche!
Nach imprägniert, von Leinenwäsche nicht zu unterscheiden, empfiehlt **H. Heymann, Berlin, Charlottenstr. 37, Ecke Unter den Linden.** 180/1*

Weinkellereien Ph. Brand & Co.
Diesmonatliches Sonderangebot
50,000 Flaschen Ungarischer Rotwein
Mk. 8.— die Flasche, unversteuert, einschl. Glas, in Berlin frei Haus ohne Packung.
Man verlange die Julipreisliste.
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Mpl. 9200-9201


Gegründet 1876.
Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee,
empfiehlt **gute preiswerte Möbel.**
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume. Lagerräum. 6600 □ Mtr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Wochentags von 8½—7 Uhr geöffnet.

100000 M.
Preis-Ausschreiben für Kinobesucher
in Nr. 12 unserer Zeitschrift (30 Pf.)
„Filmschau"
Berlin W. 57. 11/7

Zigarren und Zigaretten,
lose und in Kisten, an Private zu Engrospreisen laufend abzugeben. Kein Laden.
H. Witte, Berlin NO. 55, 11/11 Elbinger Str. 83.

Unreines Blut.
Zur Ausscheidung aller scharfen und kranken Stoffe aus Blut und Säften, gegen Blutandrang, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein **Blutreinigungspulver Sallarin** seit über 25 Jahren wirksam erprobt. Sch. 2.50. Uebl. 3 Schacht. 7.25. **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.**

Platin Gramm bis **30 Mark** kauft Metallkontor. Alte Jakobstr. 158, E. Hollmannstr.